



Institut für
Wirtschaftsforschung
Halle

Wirtschaft im Wandel

4/2004

24.03.2004, 10. Jahrgang

Aktuelle Trends

Gerhard Heimpold

Was bringt die EU-Osterweiterung für die deutschen Regionen entlang der Grenze zu Polen und Tschechien? – ein Kommentar

Martina Kämpfe

Die wirtschaftliche Entwicklung der mittel- und osteuropäischen Länder am Vorabend der EU-Osterweiterung

Bogdan Gorokhovskij

Handelssteigernde Effekte der bevorstehenden EU-Osterweiterung

Ibolya Mile

Ungarn: Keine weiche Landung in den europäischen Wechselkursmechanismus

Arbeitskreis Konjunktur

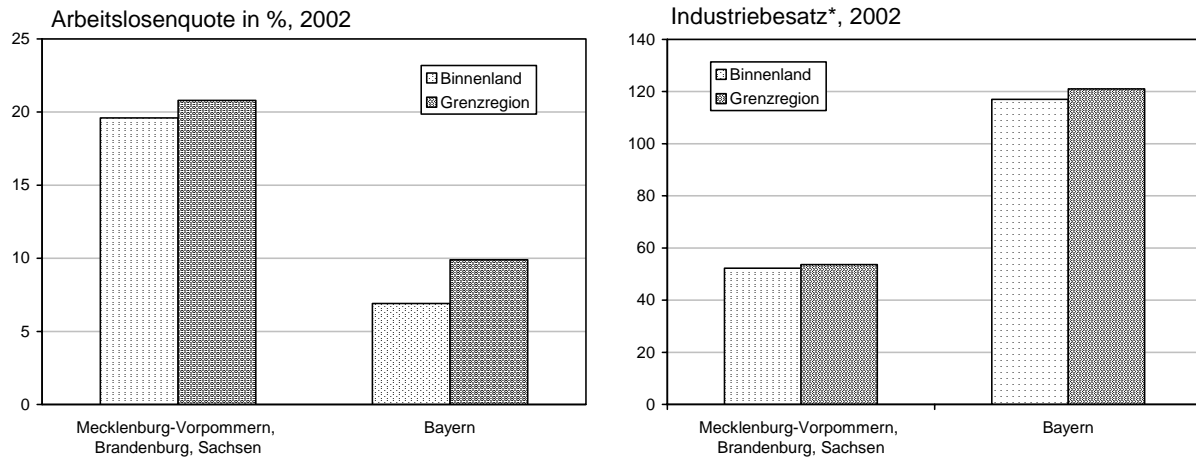
Konjunktur aktuell: Deutsche Wirtschaft löst sich mühsam aus der Stagnation

Brigitte Loose

IWH-Bauumfrage im Februar 2004

Aktuelle Trends

Wirtschaftliche Situation der Kreise an der Grenze zu Polen und Tschechien: nicht ohne Probleme, aber auch nicht nur mit Schwächen



* Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe pro 1 000 Einwohner.

Quellen: Statistische Landesämter; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des IWH.

Vielfach wird die Vermutung geäußert, dass die wirtschaftliche Lage in den Kreisen und kreisfreien Städten entlang der sich wandelnden EU-Außengrenze im Vergleich zu den im Binnenland liegenden Regionen ungünstiger sei. Wird die Arbeitslosenquote betrachtet, dann zeigt sich, dass der in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen ohnehin schon hohe Wert in den ostdeutschen Grenzregionen mit einem Prozentpunkt leicht darüber liegt. In Bayern ist die Disparität zwischen Binnenland und Grenzregion deutlicher, hier beträgt die Differenz 3 Prozentpunkte. Die geringen Unterschiede insbesondere in Ostdeutschland dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass es in der Grenzregion auch Kreise gibt, deren Arbeitslosenquoten wesentlich über den jeweiligen Durchschnitt liegen, so z. B. Ucker-Randow, Görlitz, Niederschlesischer Oberlausitzkreis, Löbau-Zittau in Ostdeutschland und die Stadt Hof sowie Wunsiedel/Fichtelgebirge in Bayern, aber auch im Binnenland lassen sich Teilräume mit ähnlichen Problemlagen finden.

Als zweiten Indikator werden die Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe pro 1 000 Einwohner herangezogen. In diesem Sektor werden Güter produziert, die auch überregional abgesetzt werden können, und somit hat die EU-Osterweiterung für diesen Wirtschaftsbereich eine besondere Bedeutung. Es zeigt sich, dass die Mittelwerte für die ostdeutsche und die bayerische Grenzregion sogar geringfügig über den Durchschnitt von Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen bzw. Bayern liegen: In Ostdeutschland beträgt der Unterschied 1,3 und in Bayern 3 Beschäftigte pro 1 000 Einwohner. Über den Mittelwerten für die Grenzregion liegen einige sächsische Kreise an der Grenze zu Tschechien, so z. B. Annaberg, Plauen, Vogtlandkreis, in Bayern trifft dies auf die Regionen Landkreis Hof, Wunsiedel/Fichtelgebirge, Weiden/Oberpfalz und Schwandorf zu.

Aus den Graphiken werden die Unterschiede zwischen den drei betrachteten ostdeutschen Ländern und Bayern deutlich. Diese Disparitäten spiegeln sich auch in den Daten für die Grenzregionen wider, sodass diese keinen wirtschaftlich homogenen Raum bilden. Der Vergleich mit den jeweiligen Binnenregionen zeigt aber auch, dass die ungünstige ökonomische Situation insbesondere der ostdeutschen Grenzregion nicht nur durch die periphere Lage bedingt, sondern typisch für viele Regionen im Osten ist.

Rupert.Kawka@iwh-halle.de

Was bringt die EU-Osterweiterung für die deutschen Regionen entlang der Grenze zu Polen und Tschechien? – Ein Kommentar

Am 1. Mai 2004 werden 10 neue Staaten, darunter auch Deutschlands östliche Nachbarn, die Republik Polen und die Tschechische Republik, der Europäischen Union beitreten. Zur Freude über ein erweitertes Integrationsbündnis, das ein Mehr an Stabilität, Sicherheit und Wohlstand für seine alten und neuen Mitglieder verspricht, kommt allerdings die Sorge hinzu, dass nicht alle Regionen in diesem erweiterten Europa von den Wohlfahrtsgewinnen der ökonomischen Integration profitieren werden. Solche Sorgen existieren speziell mit Blick auf die Regionen entlang der östlichen Außengrenze Deutschlands, vom Oderhaff bis zum Bayerischen Wald, wobei die ostdeutschen Grenzregionen als wirtschaftlich besonders schwach gelten. Es gibt sogar Stimmen, die im Zuge der EU-Erweiterung eine wirtschaftliche Entleerung dieser Teilräume befürchten. Sind diese Sorgen gerechtfertigt? Hat die Politik etwa ein schon länger schwelendes Problem verdrängt?

Der 1. Mai als Beitrittstermin ist gewiss ein politisch symbolträchtiges Datum. Für die ökonomischen Akteure ist die Grenzöffnung aber bereits seit Beginn der neunziger Jahre im Gange. Im Bereich des Einzelhandels sowie bei den haushaltsnahen Dienstleistungen nutzen die Bewohner der Grenzregionen schon seit 1991 rege die Angebote jenseits der Grenze. Auch hinsichtlich des Investitionsgeschehens sowie des Güterhandels ist nach dem 1. Mai 2004 nicht mit einer dramatischen Änderung der Situation zu rechnen. Dies bedeutet allerdings auch, dass für viele Teilräume an dieser Grenze, die wegen ihrer geringen Unternehmens- und Industriedichte und anderen Strukturschwächen an den Integrationsgewinnen bislang nur wenig teilhaben konnten, auch keine plötzliche Besserung der Situation zu erwarten ist. Der Politik sind diese strukturellen Schwächen bekannt, sie kann sie allerdings kaum direkt und schon gar nicht in kurzer Frist beheben. Um so größere Aufmerksamkeit verdienen vorhandene Bemühungen in den Regionen selbst, an gegebene Potenziale anzuknüpfen und in kleinen, oftmals mühseligen Schritten die Grenzregion als Wirtschaftsstandort attraktiver zu machen.

Neue Herausforderungen kommen zu den bereits existierenden hinzu. Diese entstehen insbesondere, wenn vereinbarte Übergangsregelungen bezüglich der Arbeitnehmerfreizügigkeit und der Dienstleistungsfreiheit abgelaufen sein werden. Nach Beendigung dieser Übergangsfristen werden in den Grenzregionen (und nicht nur dort) Unternehmer der Baubranche und andere Dienstleister aus den Beitrittsländern, die von den Übergangsregelungen betroffen sind, uneingeschränkt mit eigenen Arbeitnehmern tätig sein können. Der Wettbewerbsdruck für die ortsansässigen Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe wird zunehmen. Daher sollten die Unternehmen auf der deutschen Seite der Grenze die Übergangsfristen bezüglich der Arbeitnehmerfreizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit nicht mit Wehklagen über die neue Konkurrenz verstreichen lassen. Aktives, schnelles Handeln ist vonnöten, wo dies noch nicht geschehen ist. Notwendig sind neue, qualitativ bessere Leistungen und perfekter Service, mit denen man sich von den Konkurrenten abhebt. Auch Kooperationen mit Unternehmen im Nachbarland können zweckmäßig sein, nicht nur, um die dortigen günstigen Arbeitskosten nutzen zu können, sondern auch zur Erschließung neuer Absatzmöglichkeiten jenseits der Grenze. Aktives Handeln heißt übrigens auch, um Kunden aus Polen und Tschechien zu werben, und in Geschäften, Restaurants, Reisebüros und Handwerksbetrieben polnisch oder tschechisch zu sprechen. Sicherlich gibt es zahlreiche Unternehmer auf der deutschen Seite, die sich im vorgenannten Sinne für die Zeit nach dem EU-Beitritt wappnen. Leider verharren noch zu viele in Passivität, anstelle beherzt die Chancen anzupacken. Mithin sind die Unternehmer selbst gefordert, ihre Chancen wahrzunehmen.

Gleichwohl bedürfen sie der Unterstützung durch die Politik. Diese kann helfen, Engpässe bei den Verkehrsinfrastrukturen abzubauen, etwa indem weitere Brücken über Oder und Neiße gebaut, neue grenzüberschreitende Straßenverbindungen eingerichtet oder vorhandene Eisenbahnstrecken ins Nachbarland modernisiert werden. Politik kann auch helfen, institutionelle Barrieren zu überwinden, etwa durch Angebote zur Information und Beratung über die wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen im Nachbarland. Häufig sind es gar nicht die harten Infrastrukturen, die Barrieren für grenzüberschreitende Wirtschaftsaktivitäten bilden, sondern es sind mangelnde Kenntnisse der Sprache des Nachbarn oder – leider – noch existierende „Barrieren in den Köpfen“. Hier sind die Bürger in den Grenzregionen selbst gefordert. Insofern sollte der 1. Mai 2004 ein Datum sein, das eindringlich an die Chancen des EU-Beitritts erinnert und Antrieb zu aktivem Handeln sein sollte.

Gerhard.Heimpold@iwh-halle.de

Die wirtschaftliche Entwicklung der mittel- und osteuropäischen Länder am Vorabend der EU-Osterweiterung

Das reale Bruttoinlandsprodukt der acht mittel- und osteuropäischen Länder, die im Mai diesen Jahres der EU beitreten, nahm im Jahr 2003 insgesamt um 3,6 % zu und stieg damit stärker als im Jahr zuvor. Eine rege Inlandsnachfrage unterstützte die zügige Ausweitung der Produktion. Von der Außenwirtschaft kamen keine größeren Impulse, allerdings entwickelten sich die Exporte reger als im Vorjahr, zugleich nahmen aber auch die Importe stärker zu. Eine Ausnahme bildete die Slowakei, deren Zunahme des Bruttoinlandsprodukts durch einen überdurchschnittlichen Anstieg der Exporte gestützt wurde. In der gesamten Region Mittel- und Osteuropas nahm die Wirtschaftsleistung um 5,2% zu, was vor allem mit der deutlichen Belebung in Russland zusammenhängt.

Von dem für das laufende und das kommende Jahr erwarteten Anziehen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage in der EU, vor allem aber in Deutschland, werden positive Impulse für die Exportentwicklung für den gesamten mittel- und osteuropäischen Raum ausgehen. In den Beitrittslän-

dern kann von einem Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts von 3,8 % für 2004 und 4,1% im Jahr 2005 ausgegangen werden, in der gesamten Region Mittel- und Osteuropas von jeweils 4,5%. Die Inflation wird sich im Prognosezeitraum nur in einigen Ländern weiter zurückbilden.

Inlandsnachfrage trägt Wirtschaftsentwicklung

In den acht Beitrittsländern stieg die gesamtwirtschaftliche Leistung im Jahr 2003 real um 3,6%, stärker als im Jahr zuvor (2,5%) (vgl. Tabelle 1). Die Lage in den einzelnen Ländern gestaltete sich differenziert. Für die Beschleunigung des Wachstums war vor allem die deutliche Erholung in Polen, der größten Volkswirtschaft unter den Beitrittsländern, ausschlaggebend. Die übrigen Beitrittsländer verzeichneten entweder eine Verlangsamung oder eine nur leichte Beschleunigung der Zunahme des Bruttoinlandsprodukts. Unter den übrigen mittel- und osteuropäischen Ländern legte das Wachstum in Russland zu, wobei die Steigerung gegenüber dem Vorjahr von mehr als 7% hoch ausfiel. Für Russ-

Tabelle 1:

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in den mittel- und osteuropäischen Beitritts- und Kandidatenländern sowie Russland

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %								in %			
		2002	2003	2004	2005	2002	2003	2004	2005	2002	2003	2004	2005
Estland	0,8	6,0	4,5	5,5	5,5	3,6	1,3	2,5	2,5	10,3	10,0	9,5	9,5
Lettland	1,0	6,1	7,0	6,0	6,0	2,0	2,9	3,5	3,5	12,0	10,8	10,0	10,0
Litauen	1,7	6,7	8,9	6,5	6,5	0,3	-1,2	2,0	2,5	13,8	12,7	11,0	11,0
Polen	23,5	1,4	3,5	4,0	4,0	1,9	0,8	2,5	2,8	19,7	20,0	20,0	19,0
Slowakei	3,0	4,4	4,2	4,2	4,8	3,3	8,5	8,0	5,0	18,5	17,0	17,0	16,0
Slowenien	2,7	2,9	2,5	3,2	3,8	7,5	5,6	4,5	3,5	6,4	6,7	6,5	6,0
Tschechien	8,6	2,0	2,9	3,0	3,5	1,8	0,1	2,0	2,5	7,3	8,0	8,2	8,0
Ungarn	8,1	3,5	3,0	3,2	3,8	5,3	4,7	6,5	4,5	5,8	5,9	6,0	6,0
Beitrittsländer ^a	49,4	2,5	3,6	3,8	4,1	2,8	2,0	3,5	3,2	14,7	14,7	14,7	14,0
Bulgarien	1,9	4,8	4,5	5,0	5,2	5,8	2,3	4,5	4,0	17,8	14,5	14,0	14,0
Rumänien	5,7	4,9	4,5	4,8	5,0	22,5	15,3	12,0	9,0	8,4	8,0	8,5	8,5
Kandidatenländer ^a	7,6	4,9	4,5	4,9	5,1	18,3	12,0	10,1	7,7	10,4	9,7	9,9	9,9
Russland	42,9	4,7	7,3	5,2	5,0	15,8	12,0	9,5	7,5	8,0	8,5	8,0	8,0
Insgesamt	100,0	3,6	5,2	4,5	4,5	9,6	7,1	6,6	5,4	10,1	10,3	10,0	9,9

^a Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2002 in US-Dollar; Arbeitslosenquote Jahresdurchschnitte, nationale Statistik nach ILO-Methode, gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2002.

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; 2003: Schätzung des IWH; 2004 und 2005: Prognose des IWH.

land, dessen wirtschaftliche Entwicklung nicht so stark an die Konjunktur im Euroraum gebunden ist, kam die Erholung des weltwirtschaftlichen Umfelds besonders zum Tragen.

Wichtigste Stütze der wirtschaftlichen Entwicklung war – wie schon in den Vorjahren – die Binnennachfrage, und hier vor allem der private Konsum (vgl. Tabelle 2). Seine Steigerung fiel meist kräftig aus, was mit hohen Zuwächsen der Realeinkommen bei überdurchschnittlichen Produktivitätssteigerungen einher ging. Ursächlich für die gestiegenen Realeinkommen waren u. a. Rentenerhöhungen (Polen), Gehaltssteigerungen im öffentlichen Dienst infolge von Wahlversprechen (Ungarn) oder starke Nominallohnsteigerungen im Unternehmenssektor (Russland). Lediglich in der Slowakei stagnierte der private Konsum aufgrund von Ausgabenkürzungen im Rahmen der Budgetsanierung und einer Anhebung von Verbrauchsteuern.

Tabelle 2:

Entwicklung der Komponenten des Bruttoinlandsprodukts in den acht mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern^a

- in % zum Vorjahr -

	2002	2003	2004	2005
Privater Verbrauch	4,6	4,3	3,7	3,8
Öffentlicher Verbrauch	3,2	1,7	1,5	1,3
Bruttoanlageinvestitionen	-1,1	1,5	4,1	5,2
Exporte	5,0	7,9	8,3	8,4
Importe	4,3	7,8	7,8	8,5
BIP	2,5	3,6	3,8	4,1

^a Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt der Länder von 2002 in US-Dollar.

Quellen: Nationale Statistiken der Länder; 2003 Schätzung des IWH; 2004-2005 Prognose des IWH.

Daneben gingen stärkere Impulse für das Wirtschaftswachstum im Jahr 2003 auch von den Investitionen aus. Sie haben in den meisten Ländern zugelegt, erstmals seit zwei Jahren auch wieder in Polen. In den baltischen Ländern und Bulgarien lagen sie unverändert auf hohem Niveau. Die Belebung ging vor allem auf Unternehmensinvestitionen zurück, was sich u. a. in einer Ausweitung der Kreditvergabe an den Unternehmenssektor widerspiegelte. Auch öffentliche Investitionsprogramme, die beispielsweise zum Ausbau der Infrastruktur (Autobahnen) aufgelegt wurden, spielten eine Rolle. In Russland stiegen die Investitionen sprunghaft an

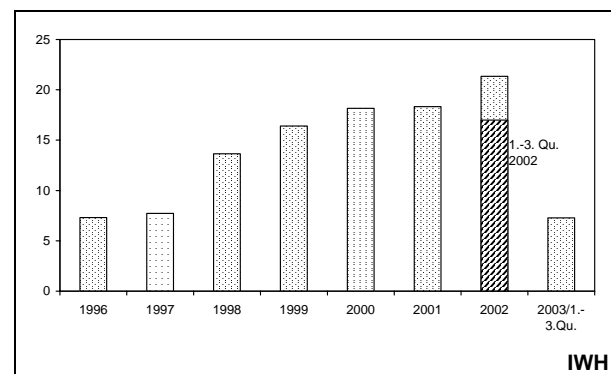
und nahmen fast doppelt so schnell zu wie das Bruttoinlandsprodukt. Eine hohe Nachfrage nach Investitionsgütern war vor allem in Exportunternehmen der Verarbeitenden Industrie zu verzeichnen, deren Finanzlage sich verbesserte, nicht zuletzt infolge einer allgemein gestiegenen Liquidität bei Banken und im Rohstoff- und Energiesektor.

Die Direktinvestitionen des Auslands spielen seit Mitte der 90er Jahre eine wichtige Rolle bei der Modernisierung des Kapitalstocks in den mittel- und osteuropäischen Ländern. Für die acht Beitrittsländer war zwischen 1996 und 2002 ein ständig wachsender Zufluss an Direktinvestitionen zu beobachten (vgl. Abbildung). Nachdem 2002 nochmals ein hoher Zufluss nach Tschechien und in die Slowakei registriert werden konnte, zeichnet sich für 2003 eine andere Entwicklung ab: In den ersten drei Quartalen betrugen die Direktinvestitionszuflüsse nur noch etwa 43% verglichen mit dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Gestiegen ist der Zufluss unter den Beitrittsländern nur noch in Estland. Der Saldo aus Zu- und Abflüssen zeigt für einige Länder eine Verschlechterung der Nettozuflüsse, die jedoch durch Abflüsse in andere Reformländer zustande kam.¹

Abbildung:

Ausländische Direktinvestitionen (Zuflüsse) in die Beitrittsländer

- Mrd. US-Dollar -



Quelle: Nationalbanken der Länder.

Die im vergangenen Jahr schwächer zufließenden Direktinvestitionen hängen mit zwei Faktoren

¹ So hat die größte ungarische Bank OTP Bank im vergangenen Herbst die zweitgrößte bulgarische Bank DSK Bank übernommen, was den hohen Negativsaldo Ungarns 2003 erklärt. Vgl. BULGARIAN NATIONAL BANK: Commercial Banks in Bulgaria, Quarterly Bulletin, September 2003, S. 69.

zusammen: So nahmen die Direktinvestitionen im Ausland weltweit nach Jahren ständiger Zunahme drastisch ab (um mehr als 20%). Dieser Einbruch fand bereits im Jahr 2002 statt, er schlug sich damals allerdings noch nicht in Mittel- und Osteuropa nieder, weil es noch einige größere Privatisierungsgeschäfte gab. Generell kann der Rückgang auf die Abschwächung des Wirtschaftswachstums weltweit zurückgeführt werden. Hinzu kamen geringere Gewinne in großen transnationalen Unternehmen, die deren Bereitschaft sinken ließen, Direktinvestitionen durch Intra-Firmen-Kredite zu finanzieren.² Dieser Rückzug schlug sich im vergangenen Jahr auch in den Beitrittsländern nieder, weil keine großen Privatisierungen mehr stattfanden. Ob eine Belebung der Zuflüsse in den nächsten Jahren stattfinden wird, hängt einmal von der Erholung der Weltwirtschaft, zum anderen von weiteren Großprivatisierungen ab. Da aber die Privatisierung weitgehend abgeschlossen ist, sind von dieser Seite keine größeren Impulse mehr zu erwarten. Nachteilig wirkt sich auf die Aussichten auch die zunehmende Konkurrenz durch Entwicklungsländer und andere Transformationsländer aus. Verglichen mit diesen Ländern haben die Beitrittsländer in den vergangenen Jahren einen Teil ihrer Arbeitskostenvorteile verloren.

Inflation und Staatsfinanzen deuten auf künftigen Handlungsbedarf

Die Inflation ging 2003 in den meisten Ländern weiter zurück (Ausnahmen: Lettland und die Slowakei), in Litauen war sogar ein Rückgang des Preisniveaus zu verzeichnen.

Verglichen mit dem Beginn der Transformation haben die Länder erhebliche Fortschritte bei der Stabilisierung des Preisniveaus erzielt. Das Inflationsgefälle zwischen ihnen und den Ländern der EU ist von mehr als 15 Prozentpunkten Anfang 1996 auf durchschnittlich 1,5 Prozentpunkte am Jahresende 2003 gefallen. Der Rückgang der Inflationsraten in den vergangenen zwei Jahren war neben der erfolgreichen Stabilisierungspolitik in einigen Ländern teilweise auch konjunkturell bedingt.

Mit dem Beitritt zur Europäischen Union werden die neuen Mitglieder mittelfristig auch der Euro-

zone beitreten. Dies setzt die Erfüllung der bekannten Konvergenzkriterien voraus. Hinsichtlich des Kriteriums der Preisniveaustabilität bedeutet dies, dass der Abstand zu den drei Ländern der EU mit der niedrigsten Inflationsrate 1,5 Prozentpunkte nicht übersteigen darf. Wird als hypothetischer Prüfungszeitraum das Jahr 2003 unterstellt, liegt die kritische Grenze zur Erfüllung des Kriteriums bei 2,7%. Differenziert man die Beitrittsländer nach der Höhe der Inflationsraten im vergangenen Jahr, so lassen sich unter den acht Beitrittsländern zwei Gruppen unterscheiden: Die erste Gruppe mit einer durchschnittlichen Teuerungsrate von 0,5% umfasst Estland, Litauen, Polen und Tschechien. Diese Gruppe hat bereits das Kriterium der Preisniveaustabilität erfüllt. In der zweiten Ländergruppe lag die Inflationsrate hingegen bei knapp 6%. Zu diesen Ländern zählen Lettland, die Slowakei, Slowenien und Ungarn.

Ein weiteres Kriterium für die nominale Konvergenz ist das Budgetdefizit. Hier trat im vergangenen Jahr bei vier der EU-Kandidaten eine Verschlechterung ein (vgl. Tabelle 3). Über dem festgesetzten Grenzwert für die Höhe des Defizits von 3% des BIP lagen die fünf Länder Lettland, Polen, Ungarn, Slowakei und die Tschechische Republik. Übermäßige Budgetdefizite zu vermeiden ist auch schon deswegen unerlässlich, um die Erreichung der anderen Ziele der nominalen Konvergenz, insbesondere bei Zinsen, Inflationsrate und Wechselkursentwicklung, nicht zu gefährden. Da zwischen dem Beitritt zur EU und der Einführung des Euro

Tabelle 3:
Entwicklung von Bruttoschuldenquote und Budgetsaldo der acht Beitrittsländer, 2001 bis 2003
- in % BIP -

Länder	Bruttoschuldenquote			Budgetsaldo ^a		
	2001	2002	2003*	2001	2002	2003*
Estland	4,8	5,8	5,5	0,2	1,3	0,4
Lettland	15,7	15,2	16,0	-2,1	-2,8	-3,2
Litauen	23,4	22,7	22,9	-2,2	-1,7	-2,4
Polen	37,3	47,4	50,8	-3,5	-3,8	-4,1
Slowakei	48,1	44,3	45,0	-4,5	-7,2	-4,9
Slowenien	27,5	28,3	27,8	-1,3	-3,0	-1,5
Tschechische Republik	23,3	27,1	30,5	-5,1	-6,7	-7,6
Ungarn	53,4	56,3	57,5	-3,0	-9,3	-5,6

* Geschätzt. – ^a Konsolidierter Haushalt.

Quellen: Eurostat; nationale Statistiken.

² Vgl. UNCTAD: World Investment Report 2003. United Nations, New York and Geneva, 2003.

eine mindestens zweijährige Teilnahme am Wechselkursmechanismus der EU verbindlich ist, besteht zwar zunächst einmal keine unmittelbare Notwendigkeit für die Beitrittsländer, die Konvergenzkriterien bereits weit im Vorfeld der eigentlichen Konvergenzprüfung zu erfüllen. Erhebliche Konsolidierungsmaßnahmen wären bei einem derzeitigen Defizit von rund 5% (Slowakei) oder darüber (Ungarn, Tschechische Republik) allerdings nötig, um die 3%-Grenze mittelfristig, d. h. beispielsweise im Jahr 2007 für eine Aufnahme in die Eurozone im Jahr 2008, zu unterschreiten. Allerdings ist hierbei nicht nur der derzeitige Budgetsaldo ausschlaggebend, sondern zur Bewertung müssen die Aussichten für seine mittelfristige Entwicklung in den Ländern berücksichtigt werden. In den Prognosen der Regierungen wird teilweise zunächst sogar von einer Ausweitung des Defizits ausgegangen.³ Allzu große Ausgabenkürzungen jedoch würden ebenso wie etwaige Zinsanhebungen als Reaktion auf eine erneute Zunahme der Preissteigerungsraten dämpfend auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage wirken und das Wirtschaftswachstum mindern. Für einige Länder zeichnet sich daher ein Zielkonflikt zwischen dem Erreichen von nominaler und realer Konvergenz mit den Volkswirtschaften in der EU ab.

Preisliche Wettbewerbsfähigkeit und Integrationseffekte stimulieren Exportwachstum

Der Außenbeitrag der acht Beitrittsländer sowie Bulgariens und Rumäniens (MOE-10) veränderte sich im vergangenen Jahr kaum. Das Defizit im Gesamthandel blieb mit knapp 36 Mrd. Euro weitgehend auf dem Vorjahresniveau (vgl. Tabelle 4).

Im Handel mit der EU nahm das Defizit weiter ab. Nachdem es im Jahr 2001 noch 7,2 Mrd. Euro betragen hatte, belief es sich 2003 auf noch 2,3 Mrd. Euro (vgl. Tabelle 5). Der Anstieg des Defizits im Handel mit Drittländern ging im Wesentlichen auf Energiebezüge aus Russland zu höheren Weltmarktpreisen zurück.

Der Handelsbilanzüberschuss Russlands stieg von 46 Mrd. US-Dollar 2002 auf knapp 60 Mrd. US-Dollar 2003 (vgl. Tabelle 4). Die russische Wirtschaft konnte in erster Linie von gestiegenen Preisen für Erdöl und Erdgas profitieren. Mit etwa

28 US-Dollar pro Barrel lag der Erdölpreis im vergangenen Jahr um durchschnittlich etwa 10% höher als 2002. Die expandierenden Volkswirtschaften Südostasiens, nämlich China und Südkorea, aber auch die Belebung der Konjunktur in Japan sicherten den russischen Exporteuren darüber hinaus eine Ausweitung ihrer Stahl- und Chemieexporte in diese Region. Aus diesem Grunde stieg der Überschuss im Gesamthandel deutlich stärker als im Handel mit der EU.

Die Wachstumsraten der Ausfuhren der mittel- und osteuropäischen Länder überstiegen die der Einfuhren in den letzten Jahren im Gesamthandel ebenso wie im Handel mit der EU. Bei nach wie vor verhaltener Konjunktur in Westeuropa zeichnete sich somit eine Trendwende ab. In den 90er Jahren fiel die Importnachfrage der Länder transformationsbedingt sehr hoch aus, u. a., weil der Kapitalstock ihrer Volkswirtschaften modernisiert werden musste. Dadurch entstanden hohe Handelsbilanzdefizite. Die fortgesetzte Verringerung des Defizits im Handel mit der EU zeigt, dass die Phase transformationsbedingter Defizite zu Ende geht. Der Kapitalstock ist soweit modernisiert, dass die Exporte auch dann zunehmen, wenn die Konjunktur in der EU schwach ausfällt, und die im Inland produzierten Güter konkurrieren zunehmend erfolgreich mit ausländischen Produkten. Dieser Trend wird sich aller Voraussicht nach in den nächsten Jahren fortsetzen (vgl. auch die Studie „Handelssteigernde Effekte der bevorstehenden EU-Osterweiterung“ in diesem Heft).

Generell nahm die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Güter aus Mittel- und Osteuropa auf den EU-Märkten zu. Zum einen gingen die Lohnstückkosten in einer Reihe von Ländern deutlich zurück, hohe Produktivitätssteigerungen haben das Lohnwachstum mehr als kompensiert. Zum anderen hat in den meisten Ländern auch die Abwertung des Wechselkurses gegenüber dem Euro dazu beigetragen. Der polnische Złoty zum Beispiel wertete bis Januar (Dezember) 2003 gegenüber dem Euro um 15% (32%) ab, verglichen mit dem Januar 2002. Da die Abwertung gegenüber dem US-Dollar nicht so stark ausfiel, wurden Importe aus dem Nicht-EU-Raum attraktiver.

Die Exportentwicklung einiger Länder wurde auch durch Sonderfaktoren bestimmt. Das Wachstum der slowakischen Exporte in die EU mit knapp

³ Vgl. REPUBLIC OF POLAND: Pre-Accession Economic Programme: 2003 Update. Warsaw 2003, S. 18.

Tabelle 4:

Gesamthandel der zehn mittel- und osteuropäischen Länder und Russlands, 2001 bis 2005

- in Mrd. Euro bzw. US-Dollar, Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr -

	Exporte					Importe					Saldo				
	2001	2002	2003 ^a	2004 ^b	2005 ^b	2001	2002	2003 ^a	2004 ^b	2005 ^b	2001	2002	2003 ^a	2004 ^b	2005 ^b
MOE-10	165,7 14,3	179,6 8,4	192,9 7,4	209,0 8,3	229,3 9,7	203,7 11,3	215,3 5,7	228,8 6,3	241,0 5,3	258,9 7,4	-38,0 -	-35,8 -	-35,9 -	-32,0 -	-30,6 -
Russland	101,9 -3,0	107,3 5,3	135,4 26,2	151,7 12,0	154,7 2,0	53,8 19,8	61,0 13,4	75,4 23,7	90,5 20,0	104,1 15,0	48,1 -	46,3 -	60,0 -	61,2 -	50,6 -

^a Geschätzt. – ^b Prognose.

Quellen: Nationale Statistiken; Berechnungen des IWH.

Tabelle 5:

Außenhandel der zehn mittel- und osteuropäischen Länder und Russlands mit der EU, 2001 bis 2003

- in Mio. Euro, Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr -

	Exporte			Importe			Saldo		
	2001	2002	2003	2001	2002	2003	2001	2002	2003
Estland	2 568 -3,0	2 473 -3,7	2 731 10,4	2 711 -6,0	2 940 8,5	3 071 4,5	-143 -	-467 -	-340 -
Lettland	1 366 5,0	1 460 6,8	1 583 8,4	2 056 14	2 268 10,4	2 362 4,1	-689 -	-809 -	-779 -
Litauen	2 442 24,0	2 700 11,0	2 600 -4,0	3 118 22,0	3 600 17,8	3 800 4,0	-676 -	-900 -	-1 200 -
Polen	27 942 16,0	29 820 6,7	31 900 6,6	34 512 6,0	35 971 4,2	36 400 0,8	-6 570 -	-6 151 -	-4 500 -
Slowakei	8 450 11,2	9 249 9,4	11 1737 26,9	8 207 21,0	8 816 7,4	10 236 16,1	243 -	433 -	1 300 -
Slowenien	6 428 6,1	6 506 1,2	6 600 1,4	7 674 3,0	7 871 2,6	8 200 4,2	-1 246 -	-1 365 -	-1 600 -
Tschechische Republik	25 692 19,0	27 844 8,4	30 072 8,0	25 148 16	25 898 3,0	26 827 3,6	543 -	1 946 -	3 245 -
Ungarn	25 319 10,4	27 452 8,4	27 400 -0,2	21 764 7,0	22 467 3,2	23 200 2,8	3 554 -	4 977 -	4 200 -
Bulgarien	3 129 16,9	3 375 7,9	3 722 10,3	4 011 29,0	4 226 5,4	4 702 11,0	-882 -	-851 -	-980 -
Rumänien	8 619 20,3	9 853 14,3	10 560 7,2	9 957 25,0	11 039 10,9	12 220 10,7	-1 338 -	-1 186 -	-1 660 -
MOE-10	111 955 14,3	120 730 7,8	127 767 5,8	119 159 11,3	125 105 5,0	130 081 4,0	-7 203 -	-4 374 -	-2 314 -
Russland	40 992 2,7	40 059 -2,3	41 679 4,0	17 232 42,9	19 380 12,5	18 848 -2,7	23 760 -	20 679 -	22 831 -

Quellen: Eurostat; Berechnungen des IWH.

27% fällt besonders auf und ist mit den gestiegenen Exporten der Fahrzeugindustrie zu erklären. Im vergangenen Jahr nahm der Volkswagen-Konzern in Bratislava ein neues Automobilwerk in Betrieb. Die dazu notwendigen Zulieferungen erklären auch den überdurchschnittlich starken Anstieg der slo-

wakischen Importe. Eine ähnliche Entwicklung konnte vor einigen Jahren für die Tschechische Republik beobachtet werden. Die Beispiele zeigen, wie einzelne Großinvestitionen internationaler Unternehmen sprunghaft das Niveau der Exporte – und auch der Industrieproduktion – in kleinen Län-

dem zu erhöhen vermögen. In den nächsten Jahren dürfte die Außenhandelsentwicklung wieder auf einen „normalen“ Pfad zurückkehren.

Auch der Anteil von Werkstoffen und Vorprodukten (SITC 6 und 7) am Export aus Mittel- und Osteuropa weitete sich im vergangenen Jahr aus. Da zugleich der Anteil der Importe in diesen Warengruppen zunahm, ist eine Verstärkung intra-industrieller Handelsstrukturen anzunehmen. In den vergangenen zehn Jahren ist der intra-industrielle Handel – d. h. die Ein- und Ausfuhr ähnlicher Industriewaren – im Handel mit der EU bereits beträchtlich angestiegen und nähert sich offenbar den noch höheren Anteilen im Handel der bisherigen EU-Länder untereinander an.⁴ Dieser Prozess wird sich voraussichtlich nach dem Beitritt zur EU fortsetzen, da der Anstieg des intra-industriellen Handels eine häufig empirisch nachgewiesene Auswirkung regionaler Integration ist.⁵

Weitere Senkung der Defizite im Handel mit der EU 2004 und 2005

Von der für das laufende und das kommende Jahr erwarteten Belebung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage in der EU, vor allem aber in Deutschland, werden positive Impulse für die Exportentwicklung in Mittel- und Osteuropa ausgehen. Das Wachstum der Exporte der zehn mittel- und osteuropäischen Länder (in Euro) wird im Jahr 2004 auf etwa 8% steigen. Bei einem Wachstum der Importe von 5% wird sich die Handelsbilanz insgesamt verbessern. Diese Verbesserung wird sich im Jahr 2005 mit einem Exportwachstum von 10% und einem Importwachstum von 7% fortsetzen.

Für eine mittelfristige Beschleunigung von Exporten und Importen spricht vor allem, dass erste Effekte aus der EU-Mitgliedschaft zum Tragen kommen werden, insbesondere sinkende Transaktionskosten, z. B. durch den Wegfall von Zollabfertigungen oder durch den Wegfall bisher noch bestehende Restriktionen, u. a. für einige Produkte der Landwirtschaft und der Lebensmittelindustrie.

Für Russland ist zu erwarten, dass im laufenden Jahr die Einnahmen aus dem Öl- und Gasgeschäft

wiederum erheblich zunehmen. Der Anstieg wird vorwiegend von einer mengenmäßigen Ausweitung der Exporte stammen. Die russischen Gesamtausfuhren werden deshalb im Jahr 2004 um etwa 12% (in US-Dollar) steigen. Das Importwachstum wird sogar 20% betragen, da die inländische Nachfrage stark expandieren wird. Im nächsten Jahr werden jedoch Kapazitätsengpässe in der russischen Öl- und Gasförderung das Exportwachstum weiter begrenzen. Bei unverändert hohen Importzuwächsen dürfte sich der Handelsüberschuss wieder deutlich verringern.

Ausblick für wirtschaftliche Entwicklung 2004 und 2005

Die Perspektiven für die wirtschaftliche Entwicklung in der gesamten mittel- und osteuropäischen Region in diesem und dem nächsten Jahr erscheinen angesichts der Anzeichen einer Erholung der westeuropäischen Konjunktur günstig. Die Ausweitung der Ausfuhren wird auch eine Zunahme der Produktion nach sich ziehen, wodurch die Volkswirtschaften zusätzliche Impulse erhalten werden. Allerdings wird sich der private Konsum als wichtige Stütze des Wachstums etwas verhaltener entwickeln.

In den Beitrittsländern kann von einem Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts von 3,8% für 2004 und 4,1% im Jahr 2005 ausgegangen werden. Ausschlaggebend dafür ist, dass von der Außenwirtschaft stärkere Impulse als bisher kommen. Die Inflation wird sich im Prognosezeitraum nur in einigen Ländern weiter zurückbilden. In den meisten Ländern wird der Preisauftrieb sogar leicht zunehmen. Dabei spielt neben einem stärkeren Nachfragewachstum vor allem die Anpassung von indirekten Steuern in den Beitrittsländern sowie die Anhebung administrierter Preise eine Rolle. Die Nahrungsmittelpreise werden voraussichtlich nicht weiter sinken.

Das BIP-Wachstum Russlands wird sich 2004 und 2005 auf etwa 5% p. a. abschwächen, weil mit einem so starken Außenhandelsimpuls (Preisentwicklung bei Erdöl) wie im Jahr 2003 nicht mehr zu rechnen ist. Die Inflationsrate wird sich weiter zurückbilden.

Martina.Kaempfe@iwh-halle.de

⁴ Vgl. GABRISCH, H.; SEGNANA, M. L.: Vertical and Horizontal Patterns of Intra-industry Trade between EU and Candidate Countries. IWH-Sonderheft 2/2003.

⁵ Vgl. ROBSON, P.: The Economics of International Integration. Routledge, London 1993, S. 266 ff.

Handelssteigernde Effekte der bevorstehenden EU-Osterweiterung

Der im Mai des laufenden Jahres bevorstehende Beitritt von acht mittel- und osteuropäischen Ländern zur EU beinhaltet eine weitere Verbesserung der institutionellen Rahmenbedingungen für den bilateralen Handel zwischen den alten und den neuen EU-Mitgliedsstaaten. Mit der Vertiefung der Handelsintegration im Zuge der EU-Erweiterung öffnen sich neue Potenziale im Handel zwischen den beiden Regionen. Über die Höhe dieser Potenziale gibt es allerdings in der Literatur sehr unterschiedliche Auffassungen.

Das IWH hat mit Hilfe eines Gravitationsmodells des Außenhandels in der EU das Handelspotenzial der EU-Osterweiterung geschätzt und ist zu dem Ergebnis gekommen, dass das langfristig bestehende Handelspotenzial gegenwärtig nur zum Teil ausgenutzt wird, die EU-Ausfuhren mittel- bis langfristig um etwa 50% und die Einfuhren um etwa 80% höher liegen werden als im Jahre 2001 und der bestehende Handelsbilanzüberschuss der EU zurückgehen wird. Dieses Wachstumspotenzial ergibt sich allein aus der weitergehenden Integration und kann zu den Handelseffekten addiert werden, die sich aus der Einkommensentwicklung ergeben. Danach erscheinen jährliche reale Wachstumsraten des Außenhandels von durchschnittlich bis zu 6% in den nächsten zehn Jahren realistisch.

Es gibt eine Reihe von wirtschaftswissenschaftlichen Studien, die die handelsteigernden Effekte bzw. das Handelspotenzial der EU-Osterweiterung empirisch untersuchen. Obwohl sie alle ein Gravitationsmodells des Außenhandels verwenden, kommen sie zu unterschiedlichen Ergebnissen.

Nilsson und Caetano et al. haben berechnet, dass das Potenzial im Handel zwischen der EU und den mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern zwar für die einzelnen Länder noch nicht ganz, durchschnittlich jedoch bereits ausgeschöpft ist.⁶ So könnten die Niederlande, Belgien sowie die EU-Südländer

ihre Handelsumsätze mit Mittel- und Osteuropa im Zuge der EU-Osterweiterung um etwa 20% steigern. Dagegen sei das Potenzial im Handel zwischen den Beitrittsländern und den größten europäischen Volkswirtschaften, wie z. B. Deutschland und Frankreich, bereits vollständig ausgeschöpft.

Dagegen kommen u. a. Buch und Piazzollo, sowie das IWH zu einem gegensätzlichen Ergebnis.⁷ Danach könnten die handelsteigernden Effekte der EU-Erweiterung eine reale Ausweitung des Handelsvolumens zwischen den alten und den neuen EU-Mitgliedsländern durchschnittlich um 20% – zusätzlich, über die Wirkung der Einkommensentwicklung hinaus – sogar bis zu 80% nach sich ziehen.

Die in diesen Studien verwendeten Gravitationsmodelle des Außenhandels werden seit den 60er Jahren angewendet, um die handelsteigernden Effekte von regionalen Integrationsräumen zu schätzen. In seiner Grundform erklärt ein Gravitationsmodell die bilateralen Handelsströme zwischen zwei Ländern als eine (positive) Funktion ihrer wirtschaftlichen „Masse“ und als eine (negative) Funktion der Transportkosten. Die wirtschaftliche „Masse“ wird, je nach Spezifikation, durch das Bruttoinlandsprodukt (BIP) bzw. BIP pro Kopf gemessen. Für die Transportkosten wird die Entfernung zwischen den Ländern (vorwiegend ihren Hauptstädten) zugrunde gelegt. Gravitationsmodelle zeichnen sich gewöhnlich durch eine hohe statistische Güte bei der Beschreibung der Außenhandelsströme aus und sind daher ein verlässliches empirische Instrument zur Schätzung von Handelspotenzialen. Die Unterschiede in den Ergebnissen kommen im Wesentlichen durch die Verwendung unterschiedlicher Schätzungsverfahren des empirischen Modells sowie durch unterschiedliche Ansätze bei der Ermittlung der Handelspotenziale zustande. Das IWH versucht in seinem Modell die Kritik an der Auswahl von geeigneten Schätzverfahren und den Ansätzen zur Kalkulation des Handelspotenzials zu berücksichtigen.

⁶ NILSSON L.: Trade Integration and the EU Economic Memberships Criteria, in: European Journal of Political Economy, Vol. 16, 2000, S. 807-827. – CAETANO, J.; GALERO, A.; VAZ, E.; VIEIRA, C.; VIEIRA, I.: The Eastward Enlargement of the Eurozone Trade and FDI. Eurozoneplus Working Paper No. 7, 5th Framework Programme Research Project HPSE-CT-2001-00084, 2002.

⁷ Vgl. BUCH, K.; PIAZZOLLO D.: Capital and Trade Flows in Europe and the Impact of Enlargement. Working Paper No. 1001. Kiel 2000. – GOROKHOVSKIJ, B.: Das Handelspotenzial der Beitrittsländer in der erweiterten Union, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 3/2003, S. 71-76.

Bestimmungsfaktoren der Handelsintegration

Durch die Einführung des Freihandelsregimes im Rahmen der bilateralen Europa-Abkommen zwischen der EU und den einzelnen mittel- und osteuropäischen Beitritts- und Kandidatenländern gilt der Handel zwischen den zwei Regionen als weitgehend liberalisiert.⁸ Etwa 95% des gesamten Handelsumsatz zwischen der EU und den Beitrittsländern Mittel- und Osteuropas betrifft den zoll- und quotenfreien Warenverkehr. Per dato sind nur ausgewählte Agrarerzeugnisse und verarbeitete Lebensmittel ausgenommen. Die Handelsintegration wird an den hohen Anteilen der EU an den Gesamtexporten und -importen der zehn Beitritts- bzw. Kandidatenländern⁹ deutlich (vgl. Tabelle 1).

Mit dem Beitritt zur EU werden die institutionellen Rahmenbedingungen für den Handel zwi-

Tabelle 1:
Außenhandel der Beitritts- und Kandidatenländer mit der EU
- in % ihrer gesamten Exporte bzw. Importe -

	Exporte in die EU		Importe aus der EU	
	1993 ^a	2003	1993 ^a	2003
<i>Beitrittsländer</i>				
Estland	31	71	24	59
Lettland	36	57	76	52
Litauen	28	39	33	48
Polen	83	69	47	61
Slowakei	26	60	21	51
Slowenien	59	58	52	67
Tschech. Rep.	54	70	44	59
Ungarn	65	74	37	55
<i>Kandidatenländer</i>				
Bulgarien	42	56	24	49
Rumänien	56	68	30	58
<i>MOE-10</i>	58	67	40	58

^a Um die Vergleichbarkeit der Handelsanteile zu gewährleisten, beinhalten die Angaben für das Jahr 1993 den Außenhandel mit Finnland, Österreich und Schweden, obwohl diese Länder erst 1995 der EU beitraten.

Quellen: WIIW Countries in Transition 2004; Nationale Statistiken; Berechnungen des IWH.

⁸ Per Interim-Abkommen traten die Freihandelsabkommen der EU mit den einzelnen Beitrittskandidaten wie folgt in Kraft: Polen, Ungarn, Slowakei, Tschechien: 01.03.1992; Bulgarien: 31.12.1993, Rumänien: 01.05.1993, Estland, Lettland, Litauen: 01.01.1995, Slowenien: 01.01.1997. Vgl. DG Trade vom 06.08.2001.

⁹ Estland, Litauen, Lettland, Polen, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik und Ungarn treten am 1. Mai 2004 der EU bei; der Beitritt Bulgariens und Rumäniens wird im Jahr 2007 erwartet.

schen zwei Regionen weiter ausgebaut. Diese weitergehende Integration wird voraussichtlich erhebliche handelssteigernde Effekte auslösen.

Erstens impliziert der Beitritt zur Gemeinschaft einen automatischen Beitritt zur europäischen Zollunion. Dadurch werden einige zeitaufwändige und kostspielige Zollformalitäten im Handel mit den neuen Mitgliedsländern entfallen, sodass die Transaktionskosten sinken werden. Dies betrifft neben dem Wegfall der zeitaufwendigen physischen Kontrolle von Handelswaren an der Grenze auch die Erstellung von Ursprungszeugnissen und von Zollvoranmeldungen.¹⁰

Zweitens werden die verbliebenden Restriktionen im Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Lebensmittel, d. h. mit Obst und Gemüse sowie einigen Getreidesorten, entfallen. Dies wird eine Ausweitung des Agrarhandels nach sich ziehen.

Drittens werden sich mittel- und längerfristig Effekte ergeben, die der Übernahme von einheitlichen technischen Anforderungen in der gewerblichen Produktion entstammen. Diese Standardisierung wird zu einer weiteren Senkung der Transaktionskosten im Bereich der grenzüberschreitenden Vermarktung von Fertigerzeugnissen führen.

Viertens sind schließlich die handelsfördernden Effekte aus der allmählichen Einbeziehung in die Währungsunion zu berücksichtigen. Bereits der Beitritt zum Europäischen Wechselkursmechanismus wird die Wechselkursrisiken und die Kosten der Finanzierung von Exportgeschäften nachhaltig senken. Die grenzüberschreitende Mobilität des Kapitals wird sich erhöhen. Da gleichzeitig schrittweise der Zutritt zu den Arbeitsmärkten der bisherigen EU liberalisiert wird, sind zusätzlich langfristige handelssteigernde Effekte durch eine bessere Nutzung der jeweiligen Spezialisierungsvorteile zu erwarten.

Wie sich die erwähnten Effekte insgesamt auswirken werden, kann mit einem Gravitationsmodell des Handels geschätzt werden. Im Ergebnis dieser Schätzung, die im Folgenden dargestellt wird, würde der Anteil der EU an den gesamten Ausfuhren der zehn Beitritts- und Kandidatenländer von derzeit etwa 68% auf 77% und an den gesamten Einfuhren von 56% auf 70% steigen.

¹⁰ Vgl. Erweiterung der EU 2004. Übergangsmaßnahmen der Beitrittsakte im Zollbereich. TAXUD/763/2003ENDG.-DE

Die Schätzung des Handelspotenzials: ein Gravitationsmodell des Intra-EU-Handels

Für eine Schätzung der potenziellen Handelseffekte aus der weitergehenden EU-Integration sollte nach Ansicht des IWH ein Modell verwendet werden, das auf den Handelsströmen innerhalb der gegenwärtigen EU beruht. Dieser Ansicht liegt die Annahme zugrunde, dass sich in den Intra-EU-Handelsströmen alle bisherigen Integrationseffekte – angefangen von der Zollunion über die Angleichung technischer und sozialer Standards bis hin zur Währungsunion – widerspiegeln. Das Gravitationsmodell des innergemeinschaftlichen Handels kann somit als Benchmark-Modell für die zukünftige Entwicklung des Handels der EU mit den Beitrittsländern in einer erweiterten Union dienen. Nach der EU-Erweiterung sollten die Koeffizienten der ermittelten Gravitationsgleichung für den Handel innerhalb der Union auch zunehmend im Handel zwischen den alten und den neuen EU-Mitgliedsländern zum Tragen kommen.

Somit fällt die Wahl auf eine *Out-of-sample*-Kalkulation des Handelspotenzials im Gegensatz zu der von Nilsson und Caetano verwendeten *In-sample*-Projektion, die das Handelspotenzial auf der Grundlage eines Modells ermittelt, das auf den *Ex-post*-Handelsströmen zwischen der EU und den Beitrittsländern beruht.

Bei der Schätzung des empirischen Modells soll ein geeignetes Schätzverfahren sowohl die Zeitdimension (im Gegensatz zu Nilsson) als auch die Heterogenität von bilateral Handelsbeziehungen berücksichtigen.

Das hier angewendete Modell besitzt somit folgende Eigenschaften:

- Es handelt sich um eine *Out-of-sample*-Schätzung. Der Datensatz umfasst – im Unterschied zu *In-sample*-Schätzungen – nicht den Handel der EU-Länder mit den MOE-10.
- Die Daten des Modells beziehen sich auf den Zeitraum 1992 bis 2001.
- Die Wahl eines Modells mit bilateralen stochastischen Effekten (siehe Kasten) berücksichtigt neben der geographischen Entfernung weitere zeitinvariante Faktoren, wie eine (messbare) gemeinsame Bodengrenze und (nicht messbare) geschichtlichen und sozio-kulturellen Faktoren. Die Handelsdaten stammen aus der Eurostat Comext Datenbank, BIP und Bevölkerungszahlen sind

Kasten:

Gravitationsmodell des Intra-EU-Handels

Es wird ein Zeitreihen-Gravitationsmodell mit bilateralen asymmetrischen stochastischen Effekten (Random effects model – REM) für den Zeitraum 1992 bis 2001 geschätzt, um eine effiziente Schätzung der langfristigen dynamischen Beziehung zwischen der abhängigen und den unabhängigen Variablen zu gewährleisten.

Das Modell wurde in der folgenden Form spezifiziert:

$$X_{ijt} = \alpha_{ij} + \alpha_1 \cdot \text{EINK}_{it} + \alpha_2 \cdot \text{BEV}_{it} + \alpha_3 \cdot \text{EINK}_{jt} + \alpha_4 \cdot \text{BEV}_{jt} + \alpha_5 \cdot \text{ENTF}_{ij} + \sum \alpha_n \cdot \text{Dummy}_{t-1}$$

Die abhängige Variable X_{ijt} umfasst die jeweiligen Exporte aus dem Land i in das Land j . α_{ij} ist der bilaterale fixe Effekt, d. h. eine Konstante, die für ein bestimmtes Länderpaar ij zu allen Zeitpunkten den gleichen Wert annimmt. Dabei gilt α_{ij} ungleich α_{ji} .

EINK und *BEV* stehen für das Pro-Kopf-BIP bzw. die Bevölkerung im jeweiligen Land. *ENTF* ist die geographische Entfernung zwischen den Hauptstädten der Handelspartner. Im Modell werden binäre Dummy-Variablen für Zeitperiode 1993 bis 2001 (T93 bis T01) eingesetzt. Sie tragen den konjunkturellen Schwankungen des Außenhandelsvolumens in der Region Rechnung und werden als Kontrollvariable für die Globalisierung, sprich für die weltweite Intensivierung des Außenhandels, interpretiert.

Die Schätzung umfasst den Handel innerhalb der EU im Zeitraum 1992 bis 2001. Belgien und Luxemburg werden als ein Land betrachtet. Somit beinhaltet die Schätzung 182 Länderpaare und 1820 Beobachtungen.

Alle monetären Größen werden real in Euro ausgedrückt. Die realen monetären Größen sind aus den nominalen durch eine Abdiskontierung mit dem jährlichen BIP-Deflator des Euro-Raums nach EZB errechnet worden. Alle Variablen sind logarithmiert.

Als Schätzverfahren wurde die „generalized least-square estimation“ mit bilateralen stochastischen Effekten ausgewählt.

der OECD Datenbank (Economic Indicators 2002) und dem IMF (International Financial Statistics Database 2002) entnommen.

Die Ergebnisse der Schätzung sind in Tabelle 2 wiedergegeben. Die Schätzung ergab für alle unabhängigen Variablen die erwarteten positiven oder negativen Vorzeichen; die Werte sind hoch signifikant. Die Koeffizienten der Zeit-Dummys sind ebenfalls hoch signifikant, wie erwartet positiv und weisen im Zeitverlauf ein ansteigendes Muster auf, so dass eine positive länderübergreifende handelssteigernde Wirkung der Globalisierung erkennbar wird.

Setzt man die tatsächlichen Werte der unabhängigen Variablen für die EU und die Beitrittsländer im Jahre 2001 in die erhaltene Schätzgleichung

Tabelle 2:
Schätzwerte des Gravitationsmodell des Intra-EU-Handels

Unabhängige Variablen	C	EINKi	BEVi	EINKj	BEVj	ENTF	T93	T94
Koeffizient	9,29	0,47	0,75	0,46	0,85	-1,15	-0,07	0,01
t-Statistik	9,89*	10,00*	9,79*	18,85*	21,05*	-17,75*	-4,61*	0,61
Unabhängige Variablen	T95	T96	T97	T98	T99	T00	T01	
Koeffizient	0,04	0,07	0,10	0,15	0,15	0,23	0,19	
t-Statistik	2,59*	4,32*	5,79*	7,91*	7,18*	9,19*	7,88*	
Statistiken	R ²	SA	DW					
Werte	0,99	1,65	0,67					

* Signifikant auf 1% gem Niveau.

ein, kann der Wert des Handelspotenzials im Handel zwischen den zwei Ländergruppen ermittelt werden (vgl. Tabelle 3).

Danach wurde das Potenzial im Jahre 2001 durchschnittlich zu etwa 70% bei den EU-Ausfuhren nach und zu 55% bei den EU-Einfuhren aus Mittel- und Osteuropa ausgeschöpft. Wenn im Jahre 2001 die Beitrittskandidaten bereits Mitglied der EU und der Währungsunion gewesen wären, hätten die EU-Ausfuhren um knapp 50% und die EU-Einfuhren um 80% über den tatsächlichen Handelsumsätzen im Jahre 2001 gelegen; und dies bei den damals gegebenen Pro-Kopf-Einkommen und Bevölkerungszahlen.

Tabelle 3:
Ausschöpfung des Handelspotenzials 1993 und 2001
- in % des ermittelten Handelspotenzials -

	EU-Ausfuhren		EU-Einfuhren	
	1993	2001	1993	2001
EU	40	68	29	55

Quelle: Berechnungen des IWH.

Der entsprechende Anstieg der Handelsumsätze erfolgt natürlich nicht schlagartig, sondern über Jahre verteilt. Hier sind verschiedene Szenarien vorstellbar: Für Zeiträume von 10 bis 20 Jahren ergeben sich auf Grundlage der Gravitationsgleichung reale Wachstumsraten der Exporte und der Importe der bisherigen EU von 2% bis 3% pro Jahr, die sich allein aus der Vertiefung der Integration ergeben. Dies erscheint auf den ersten Blick als nicht bedeutend viel. Allerdings muss berücksichtigt werden, dass in dieser Schätzung die Pro-Kopf-Einkommen konstant gehalten worden sind. Nun expandierte der Handel in der Vergangenheit aber auch, weil die Pro-Kopf-Einkommen in beiden Re-

gionen wuchsen. Legt man z. B. zukünftig einen jährlichen realen Anstieg des Pro-Kopf-Einkommens in Mittel- und Osteuropa von durchschnittlich 4% und in der EU von 2% zu Grunde, so würden nach der geschätzten Gravitationsgleichung die bilateralen Handelsströme um etwa 3% *ceteris paribus* steigen. Mit anderen Worten, die Ausweitung des Handels, die der Vertiefung der Integration zuzurechnen ist, entspricht in ihrem Umfang in etwa dem Handelseffekt, der aus der Einkommenskonvergenz stammt.

Wie plausibel bzw. robust sind die Ergebnisse des geschätzten Modells?

Das Modell prognostiziert einen stärkeren Anstieg der Importe gegenüber den Exporten der bisherigen EU. Dies ist insofern plausibel, als die hohen langjährigen Handelsbilanzdefizite der Beitritts- und Kandidatenländern im Handel mit der EU transformationsbedingt waren und längerfristig eher abgebaut werden. Bereits seit dem Jahr 2000 deutet sich eine rückläufige Tendenz an.

Die Ausschöpfungsraten der Handelspotenziale in den Jahren 1993 und 2001 waren im Zeitverlauf von 40% auf knapp 70% bei den EU-Ausfuhren in die Beitrittsländer bzw. von knapp 30% auf 55% bei den EU-Einfuhren gestiegen. Das weist darauf hin, dass die bisherige Vertiefung der Handelsintegration in diesem Zeitraum eine Konvergenz der jeweiligen Gravitationsgleichung zwischen den zwei Regionen nach sich zog und bestätigt – zusätzlich zu den oben angeführten Überlegungen bei der Auswahl der Modellspezifikation – die Anwendbarkeit des vorliegenden Modells des innergemeinschaftlichen Handels als Referenzmodell für die Ermittlung des Handelspotenzials der EU-Osterweiterung.

Bogdan.Gorokhovskij@iwh-halle.de

Ungarn: Keine weiche Landung in den europäischen Wechselkursmechanismus

Ungarn ist das einzige EU-Beitrittsland, das, und zwar seit Oktober 2001, ein Wechselkursband besitzt, das dem Wechselkursmechanismus des Europäischen Währungssystems formal entspricht. Damit soll nach dem Beitritt zur EU ein möglichst reibungsloser Übergang, d. h. eine „weiche Landung“ in den europäischen Wechselkursmechanismus vorbereitet werden. Bei der Einführung des Bandes lag jedoch die Inflationsrate weit über dem Maß, das mit einer festen Parität gegenüber dem Euro auf mittlere Frist vereinbar gewesen wäre. Zudem hat die Zentralbank seit Ende 2002 Schwierigkeiten, den Wechselkurs innerhalb des Bandes zu stabilisieren. Die ergriffenen Maßnahmen umfassten Interventionen auf dem Devisenmarkt, Zinsanpassungen und eine Korrektur der Zentralparität. Darin zeigt sich eine Anfälligkeit der Strategie einer „weichen Landung“ gegenüber internationalen Kapitalströmen, wenn eine Koordinierung der Geld- und Finanzpolitik fehlt, der Staatshaushalt aus dem Ruder läuft (5,6% Defizit am BIP 2003) und das Leistungsbilanzdefizit zunimmt (auf 6,6% des BIP). Eine Änderung des Wechselkurssystems oder erneute Korrekturen der Parität so kurz vor einem Beitritt zur EU sind jedoch nicht zu empfehlen. Sie könnten die Glaubwürdigkeit der Nationalbank weiter unterminieren. Eine möglichst sofortige und gleichzeitig erfolgreiche Teilnahme am Wechselkursmechanismus erfordert deshalb Maßnahmen zur Reduzierung der hohen Defizite im Staatshaushalt und in der Leistungsbilanz.

Das gegenwärtige Wechselkurssystem ist mit dem WKM II kompatibel

Ungarn wird mit sieben anderen mitteleuropäischen Ländern im Mai 2004 Mitglied der Europäischen Union werden. Ab diesem Zeitpunkt besteht die Möglichkeit für die neuen Mitglieder, in Vorbereitung einer Übernahme des Euro dem europäischen Wechselkursmechanismus (WKM) beizutreten. Eine erfolgreiche Teilnahme wird davon abhängen, ob die Wirtschaftspolitik in den Ländern die Voraussetzungen für eine stabile Wechselkursentwicklung schafft. Eine erste Prüfung wird durch die Europäische Zentralbank dann erfolgen, wenn sie mit den Beitrittsländern über die Zentralparität

verhandelt.¹¹ Eine Einigung wird dann unproblematisch sein, wenn das neue Mitglied die wichtigsten Strukturreformen durchgeführt und gezeigt hat, dass es durch vernünftige Wirtschaftspolitik in der Lage ist, im Rahmen eines mit dem WKM kompatiblen Wechselkurssystems den Konvergenzprozess voranzutreiben. Strukturreformen und Wirtschaftspolitik sind gleichzeitig auch die ökonomischen Voraussetzungen einer auf mittlere Frist spannungsfreien Teilnahme an dem Mechanismus. Darunter wird verstanden, dass der Wechselkurs innerhalb des Schwankungsbandes in naher Umgebung der Zentralparität liegen sollte. Weiterhin beinhaltet die Prüfung der Spannungsfreiheit drei wichtige Kriterien:¹² *Erstens* wird der Abweichungsgrad des Wechselkurses gegenüber dem Euro von seiner Zentralparität gemessen. *Zweitens* werden die kurzfristigen Zinsdifferenziale zum Euroraum und deren Entwicklung untersucht. *Drittens* wird auch die Rolle der Devisenmarktinterventionen in der Beeinflussung der Wechselkursentwicklung in die Betrachtung einbezogen.

In zwei früheren Beiträgen wurden die Probleme einer Überführung von Currency boards (Baltische Länder) und eines freien Floats (Polen) untersucht.¹³ Während der sofortige Übergang aus dem Currency board in den WKM problemlos ist, wird für Polen eine längere Anpassungszeit empfohlen. Ungarn ist nun das Beispiel eines formal dem WKM bereits sehr nahen Systems. Seit Oktober 2001 bewegt sich der Kurs des Forint gegenüber dem Euro in einem Band von $\pm 15\%$ um die zentrale Parität, die von der Regierung festgelegt wurde. Der wichtigste institutionelle Unterschied zum europäischen Wechselkursmechanismus besteht noch darin, dass die Nationalbank in ihrer Politik auto-

¹¹ Vgl. EZB: Policy Position of the Governing Council of the European Central Bank on Exchange Rate Issues Relating to the Acceding Countries. Frankfurt, Dezember 2003.

¹² Vgl. ebenda.

¹³ Siehe GABRISCH, H.; LINNE, T.: Die Currency boards der baltischen Beitrittsländer sind stabil und mit dem Wechselkursmechanismus der EU kompatibel, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 11/2002, S. 333-338. – LINNE, T.: Polens Beitritt zur Eurozone: Konvergenz vor Schnelligkeit, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 13/2003, S. 369-373.

nom ist und bei der Verteidigung des Kurses allein auf ihre eigenen Reserven angewiesen ist.

Ungarn ist auch bei der Durchführung von strukturellen Reformen führend unter den Beitrittsländern.¹⁴ Die zentrale Frage des vorliegenden Beitrages ist daher, ob die Wirtschaftspolitik die Konvergenz sowie einen „baldigen“ Beitritt Ungarns (d. h. bis 2007) zum Euroraum optimal unterstützt. Dies ist gegeben, wenn übermäßige Staatsbudgetdefizite vermieden werden, das Preisniveau stabilisiert wird und die Wettbewerbsfähigkeit der ungarischen Produkte auf den internationalen Märkten gesichert ist. Letzteres bedeutet, dass sich der Wechselkurs auf sein gleichgewichtiges Niveau einstellen kann, wobei das Wechselkurssystem eine entscheidende Rolle spielt. Wenn das Wechselkurssystem dies nicht gewährleisten kann, wäre auch ein Wechsel in Betracht zu ziehen. Als Lösung käme dann die Freigabe des Wechselkurses wie zum Beispiel bei der Tschechischen Krone und dem Polnischen Złoty in Frage. Eine Fixierung des Wechselkurses wäre einerseits aus Gründen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit keine Alternative. Andererseits kann ein rigides System auch nicht Veränderungen im gleichgewichtigen realen Wechselkurs Rechnung tragen. Die Anpassungen müssten in diesem Fall allein dem Preisniveau überlassen werden.

Wachsende interne und externe Gleichgewichtsprobleme

Mit der Anpassung des Wechselkurssystems hat die ungarische Regierung eine Politik fortgesetzt, die bereits in einem Anfang 1995 verabschiedeten Stabilisierungsprogramm angelegt war. Im Wesentlichen bestand dieses Programm aus starken Kürzungen in der Finanz- und Einkommenspolitik sowie einer Änderung des Wechselkurssystems. Die Phase diskretionärer Abwertungen wurde durch ein Wechselkursband mit gleitender Parität abgelöst, um den Wechselkurs als nominalen Anker bei der Inflationsbekämpfung zu verwenden. Die Bandbreite betrug $\pm 2,25\%$. Die vorab angekündigte nominale Abwertungsrate wurde in den folgenden Jahren kontinuierlich reduziert, da auch die Inflationsrate zurückging. Mit dieser Kopplung von Abwertungsrate und sinkender Inflationsrate und mit

der Herausnahme des US-Dollars aus dem Währungskorb (2000) sollte eine allmähliche Anbindung an den sich bildenden Euroraum bewerkstelligt werden. Eine Fixierung der Zentralparität sollte nach diesem Plan erst dann erfolgen, wenn das Inflationsdifferential zu den wichtigsten Handelspartnern die Differenz im Produktivitätswachstum nicht übersteigt. Die Regierung erwartete, dass dies bei einer Inflationsrate von 4% bis 5% gegeben sein würde.¹⁵ Gleichzeitig sollte der ursprünglich enge Schwankungskorridor um die Zentralparität auf $\pm 15\%$ ausgeweitet werden. Dadurch sollte der Spielraum für die Ankündigung und Verfolgung eines Inflationsziels der Nationalbank zur weiteren Preisstabilisierung geschaffen werden. Ein Erfolg dieser Strategie hätte durchaus eine „weiche Landung“ in den europäischen Wechselkursmechanismus oder in ein dem zumindest in der Ausgestaltung entsprechendem Wechselkurssystem ermöglicht.¹⁶ „Weiche Landung“ heißt, dass der Wechselkurs des Forint ohne Spannungen innerhalb der vorgeschriebenen Bandbreite gehalten werden könnte. Die Tatsache, dass die Nationalbank während des Bestandes der gleitenden Parität beinahe über die ganze Zeit hinweg am unteren Rand der Bandbreite intervenieren musste, verweist auf einen Aufwertungsdruck. Dieser ist durch Kapitalzuflüsse entstanden.

Bis zum Jahr 2000 entwickelte sich die Volkswirtschaft als Folge des Stabilisierungsprogramms vom März 1995 überwiegend positiv (vgl. Tabelle). Dazu trug nicht nur die Wechselkurspolitik bei, sondern auch die Finanz- und Lohnpolitik, die zunächst zu tiefen Einschnitten bei den staatlichen Ausgaben und zu einer Verringerung des Kostendrucks in den Unternehmen führte. Seit 1997 trat allerdings wieder eine Lockerung der Finanz- und Lohnpolitik ein. Die Arbeitslosigkeit reduzierte sich aber trotz der seitdem wieder steigenden Reallöhne. Eine spürbare Verschlechterung der gesamtwirtschaftlichen Lage setzte jedoch im Jahr 2000 ein, und es wurde sichtbar, dass die ungarische Wirtschaft von ihrem Stabilisierungspfad abgekommen war. In diesem Jahr nahm das Leistungsbilanzdefi-

¹⁵ Vgl. KOPITS, G.: Az előre bejelentett csúszó árfolyamrendszer Magyarországon (Das System der gleitenden Parität in Ungarn), in: Közgazdasági Szemle, 1995, Nr. 9, S. 797-818.

¹⁶ Vgl. KEMPA, B.: Währungspolitische Strategien zur Heranführung der „Pre-Ins“ an die europäische Währungsunion, in: Außenwirtschaft, 1998, Nr. IV, S. 539-551.

¹⁴ Vgl. EBRD: Transition Report 2003. London 2003.

Tabelle:
Makroökonomische Indikatoren Ungarns

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Reales BIP (Veränderung zum Vorjahr in %)	1,5	1,3	4,6	4,9	4,2	5,2	3,8	3,5	2,7 ^c
Veränderung der Verbraucherpreise (in % zum Vorjahr)	28,2	23,6	18,3	14,3	10,0	9,8	9,2	5,3	4,7
Saldo des konsolidierten Staatsbudgets (in % zum BIP)	-6,7	-3,0	-4,8	-6,3	-3,7	-3,6	-3,0	-9,3	-5,6
Staatsverschuldung (in % zum BIP)	84,3	72	64,2	61,9	61,2	55,5	53,4	56,3	-
Referenzzins für Staatsanleihen (p. a., in %) ^a	-	-	-	-	8,86	8	7,1	6,46	7,95
Ausländische Direktinvestitionen (netto, in Mio. EUR)	3 751	1 886	1 973	1 857	1 913	1 834	2 889	908	-584 ^d
Leistungsbilanzsaldo (in Mio. EUR)	-1 240	-916,1	-578,5	-1 976,6	-2 301,2	-3 151,5	-1 966,8	-2 770,8	-3 948 ^d
(in % zum BIP)	-3,6	-2,5	-1,4	-4,7	-5,1	-6,2	-3,4	-4	-6,6 ^d
Arbeitslosenquote (in %) ^b	10,2	9,9	8,7	7,8	7	6,4	5,7	5,8	5,5 ^e

^a 10 Jahre Laufzeit, im Dezember des jeweiligen Jahres. – ^b Gemäß ILO-Methode. – ^c 1-3. Quartal. – ^d Januar bis Oktober. – ^e September bis Oktober.

Quellen: EUROSTAT; Ungarisches Finanzministerium; Ungarische Nationalbank; WIIW; Agentur für Staatsschuldenverwaltung (Ungarn); Ungarisches Zentrales Statistisches Amt.

zit gegenüber dem Vorjahr erheblich zu. Zudem konnte die Inflation nicht weiter reduziert werden.

In diesem Umfeld war auch das gleitende Wechselkursband nicht mehr in der Lage, den weiteren Stabilisierungsprozess zu unterstützen. Vielmehr verstärkten die vorangekündigten Abwertungen der Zentralparität die Inflationserwartungen und verhinderten eine weitere Absenkung der Inflationsrate. Obwohl die Voraussetzungen nicht gegeben waren, wurde im Mai 2001 die Schwankungsbreite wie geplant ausgeweitet, und im Oktober 2001 wurde die feste Parität eingeführt. Die weitere Inflationsbekämpfung sollte nun über ein direktes Inflationsziel erfolgen. Dazu war eine größere Flexibilität des Wechselkurses erforderlich. Faktisch wurde die Wechselkursstrategie geändert: Statt bei einer Inflationsrate von 4% bis 5% wurde die zentrale Parität in Kombination mit dem breiteren Korridor bereits bei einer Inflationsrate von noch nahezu 10% (2000) eingeführt. Die bis dahin unterdrückte Aufwertungstendenz schlug sich nunmehr in einer nominalen Aufwertung der ungarischen Währung gegenüber dem Euro nieder. Hierdurch konnte die Inflationsrate zwar auf 5% bis 6% bis zum Jahr 2003 abgesenkt werden, lag aber doch deutlich über dem Inflationsziel.¹⁷

¹⁷ Das Inflationsziel lautete 3,5% für Dezember 2003. Im Dezember betrug die tatsächliche Inflationsrate aber 5,7%. Für 2004 prognostiziert die Ungarische Nationalbank sogar

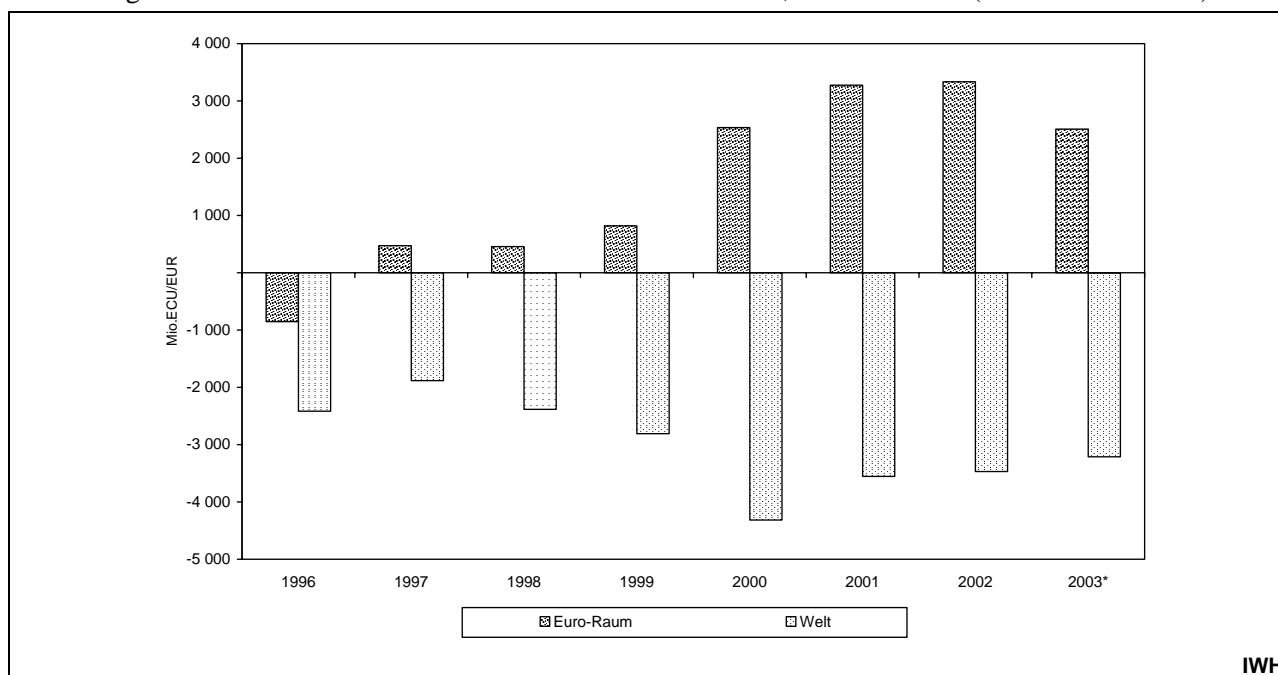
Mit Blick auf die Einhaltung des mittelfristigen Inflationsziels erweist sich vor allem die starke Verschlechterung der Leistungsbilanz und der Lage des Staatshaushalts als problematisch.

Die ungarische Leistungsbilanz weist seit 1993 Defizite auf. Im Jahre 2003 erreichte es 6% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) nach 4% im Vorjahr. Der starke Anstieg des Defizits ging auf mehrere Faktoren zurück. Dazu gehörte die schwache Konjunktur auf dem Hauptabsatzmarkt für ungarische Exporte – die EU, insbesondere der Euroraum. Hier werden nahezu 70% der Ausfuhren abgesetzt.¹⁸ Insgesamt verringerte sich der Überschuss Ungarns im Handel mit dem Euroraum von ca. 3,3 Mrd. Euro im Jahre 2002 auf ca. 2,5 Mrd. Euro im vergangenen Jahr (vgl. Abbildung 1). Hinzu kam eine Kostensteigerung, die die Wettbewerbsfähigkeit ungarischer Produkte verschlechterte. Die Reallohnzuwächse überstiegen die Produktivitätszuwächse. Erschwerend kam die nominale und reale Aufwertung des Forint gegenüber dem Euro hinzu. Diese Aufwertung erfolgte vor dem Hintergrund eines weiterhin starken Zuflusses von Finanzkapi-

eine durchschnittliche Inflationsrate von 6,6%, worin aber auch indirekte Steuererhöhungen ab dem 1.1.2004 eine Rolle spielen. Vgl. UNGARISCHE NATIONALBANK: Quarterly Report on Inflation. Budapest, November 2003.

¹⁸ Anmerkung: Aus dem Euroraum stammen weniger als 60% der ungarischen Importe.

Abbildung 1:
Bilanz Ungarns im Warenhandel mit der Welt und dem Euroraum, 1996 bis 2003 (in Mio. ECU/EUR)



* Januar bis September.

Quellen: EUROSTAT; OECD; Ungarisches Zentrales Statistisches Amt; Ungarische Nationalbank.

tal. Das höhere Defizit in der Leistungsbilanz wurde im Unterschied zu den Vorjahren in viel stärkerem Maße über Zuflüsse von Finanzkapital und zu einem geringeren Anteil über Direktinvestitionszuflüsse finanziert. Im vergangenen Jahr waren die Nettozuflüsse von Direktinvestitionen des Auslands sogar erstmals negativ.

Betrachtet man die Aufwertung des Forint vor dem Hintergrund der Reallohnentwicklung und der Kapitalzuflüsse, so ist nicht auszuschließen, dass der Kurs des Forint derzeit kein Gleichgewichtskurs ist. Die reale Aufwertung ist aber nicht per se ein Problem. Sie spiegelt auch den Wachstums- und Umstrukturierungsprozess in der ungarischen Wirtschaft wider.¹⁹ Der Handel Ungarns mit dem Euroraum stützt diese Vermutung. Die Wettbewerbsfähigkeit der ungarischen Produkte auf den Märkten des Euroraums wird dadurch demonstriert, dass trotz realer Aufwertung gegenüber dem Euro Ungarn in dieser Relation seit 1997 Überschüsse erwirtschaftet.

¹⁹ Das ist der so genannte Balassa-Samuelson-Effekt. Vgl. z. B. ÉGERT, B.: Investigating the Balassa-Samuelson Hypothesis in the Transition: Do We Understand what We See? A Panel Study, in: The Economics of Transition, 2002, No. 2, S. 273-310.

Die Entwicklung in der Leistungsbilanz ist aber besonders problematisch in Verbindung mit dem hohen Defizit im Staatshaushalt. Ungarn scheint erneut vor einem „twin deficit“-Problem wie im Jahre 1994 zu stehen. Damals ermöglichte ein Konsens zwischen Geld-, Währungs-, Finanz- sowie Lohnpolitik ein Stabilisierungsprogramm, mit dem das Problem entschärft wurde. Dieser Konsens besteht nicht mehr. Das konsolidierte Budget schloss im Jahre 2002 mit dem höchsten Defizit seit Beginn der Transformation ab. Aber auch 2003 blieb es weit über dem von der EU empfohlenen Wert. Infolgedessen stieg auch die Staatsverschuldung wieder an, nachdem sie in den Vorjahren abgenommen hatte. Die finanzpolitische Entwicklung gefährdete somit auch die drei anderen Kriterien für die nominale Konvergenz der ungarischen Wirtschaft zum Euroraum: Zinsentwicklung, Inflationsrate und Stabilität des Wechselkurses. Die Inflationsgefahren aus dem Staatsbudgetdefizit und aus dem Anstieg der Reallöhne zwingen die Zentralbank zu einer kontraktiven Geldpolitik. Die Folge davon ist ein Anstieg der Zinssätze, die jetzt noch erheblich oberhalb des Niveaus im Euroraum liegen. Hohe Haushaltsdefizite und steigende Zinsen

können ihrerseits zu einer Verschlechterung der Leistungsbilanz beitragen.

Die ungarische Regierung versucht derzeit über Ausgabenkürzungen, vor allem im Infrastrukturbereich, und durch Erhöhung der Steuern und Abgaben den Haushalt zu konsolidieren. Sie kommt damit auch einer Empfehlung der Europäischen Kommission nach. Die Maßnahmen verschlechtern allerdings die Wachstumsaussichten. Die schwierige Lage des Staatshaushaltes wird durch den EU-Beitritt möglicherweise noch verschärft. Dem Staatshaushalt werden nicht nur durch die Beitragszahlung neue Belastungen aufgebürdet. Sofern keine Umschichtung der Mittel durch Kürzungen in anderen Bereichen möglich ist, wird auch die Verpflichtung zur Kofinanzierung von EU-finanzierten Projekten im Rahmen der Struktur- und Kohäsionspolitik die Staatsausgaben erhöhen. Zwar wurde auch eine besondere Cashflow-Fazität zur Verbesserung der Budgetposition in den Beitrittsländern in den ersten drei Jahren der Mitgliedschaft eingeführt. Die Kofinanzierung stellt die ungarische Wirtschaftspolitik dennoch vor eine zusätzliche Herausforderung. Selbstverständlich ist Ungarn frei, EU-Strukturfondsmittel nicht zu verwenden, aber dies würde wieder die längerfristigen Wachstumschancen beeinträchtigen.

Internationale Kapitalbewegungen haben einen starken Einfluss auf die Geldpolitik

Trotz der fiskalischen und Leistungsbilanzprobleme konnte der Wechselkurs des Forint bisher innerhalb des Schwankungsbandes gehalten werden (vgl. Abbildung 2). Allerdings nahm die Volatilität des Forint im Jahre 2003 im Vergleich zur Periode Mai 2001 bis Dezember 2002 erheblich zu.²⁰ Hinter dieser Zunahme standen intensivere Transaktionen in inländischen Wertpapieren durch ausländische Investoren. Die ungarische Zentralbank fühlte sich mehrfach gezwungen, auf dem Devisenmarkt zu intervenieren, um den Kurs innerhalb des Bandes zu stabilisieren. Der Grund hierfür war, dass Ende 2002/Anfang 2003 Spekulationen zur Aufwertung der Zentralparität entstanden.²¹ Diesen wurde durch

die Zentralbank mit massiven Devisenaufkäufen und einer drastischen Leitzinssenkung begegnet. Die Anleger erlitten Verluste. Beide Maßnahmen gefährdeten aber auch die Einhaltung des Inflationsziels, sodass in den Folgemonaten die Nationalbank Forint wieder vom Markt nahm, indem sie ihre Währungsreserven abbaute und einen Teil ihrer Euro-Bestände kontinuierlich veräußerte.

Nach den Interventionen entschloss sich die Regierung im Juni 2003, die zentrale Parität des Forint um etwa 2% abzuwerten; ein Schritt, der vor der Öffentlichkeit nicht begründet wurde. Offensichtlich kam es zu einer Schwächung des Vertrauens internationaler Anleger in die ungarische Währung. Sichtbarer Hinweis darauf war eine spekulative Attacke im November 2003. Die Anleger veräußerten etwa 5% ihrer staatlichen Anleihen und lösten damit eine deutliche Abwertung aus, worauf die Nationalbank den Leitzinssatz um 3 Prozentpunkte – von 9,5% auf 12,5% – erhöhte.

Diese Politik macht deutlich, dass die Nationalbank durch direkte und indirekte Eingriffe in den Devisenmarkt eine Parität herbeizuführen versucht, die sie für die Erreichung des gesetzten Inflationsziels für geeignet hält. Auch nach der Flexibilisierung der Wechselkursanpassung misst sie dem Außenwert der Währung ein großes Gewicht bei. Unter diesen Umständen können internationale Kapitalbewegungen nicht nur die Währungspolitik konterkarieren, sondern auch den Spielraum der Geldpolitik begrenzen.

Wechsel des Wechselkurssystems nicht empfehlenswert

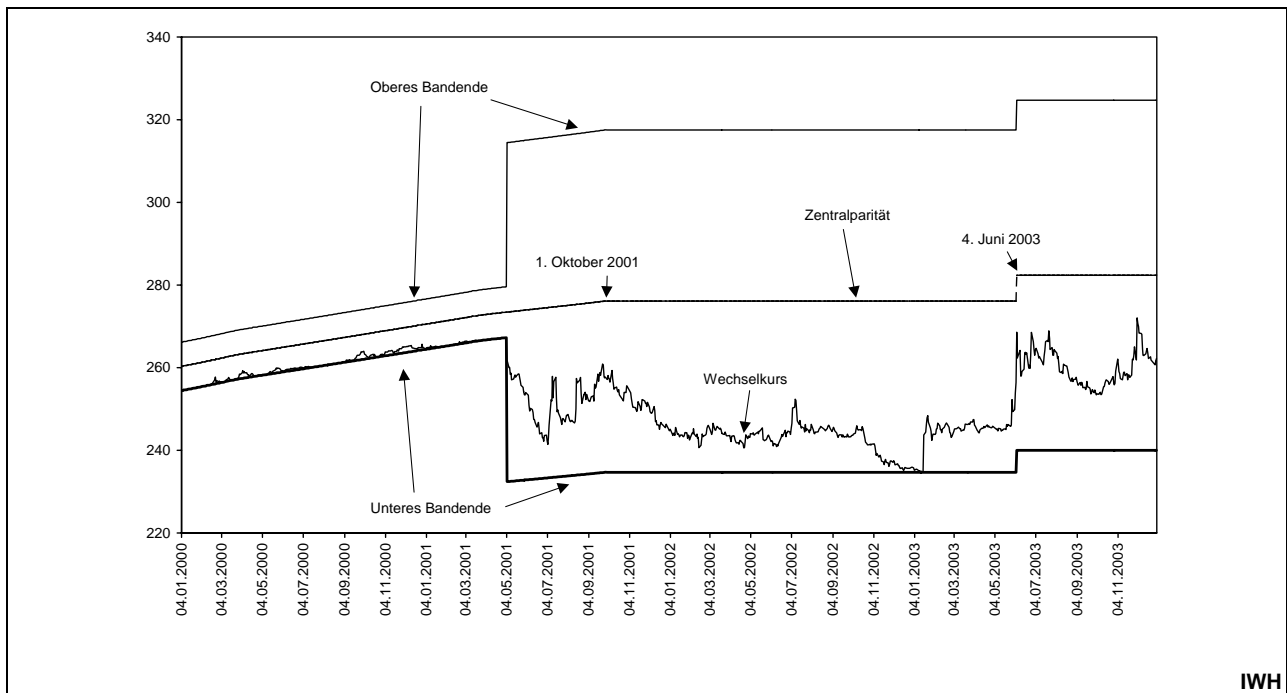
Sollte vor diesem Hintergrund der Forint nicht besser freigegeben werden? Zwar könnten die währungspolitischen Entscheidungsträger die Bildung des Wechselkurses auf diese Weise dem Markt überlassen. Die Abkehr vom derzeitigen System würde jedoch einen großen Glaubwürdigkeitsverlust für die Nationalbank bedeuten,²² was zu einem erratischen Verfall des Wechselkurses führen könnte. Vor dem Hintergrund des „twin deficit“-Problems würde die Aufgabe des Wechselkursbandes ein

²⁰ Gemessen an der Standardabweichung in beiden Perioden.

²¹ Vgl. KÄMPFE, M.; MILE, I.: Gesunkenes Risikopotenzial für Finanzkrisen und verbesserte wirtschaftliche Perspektiven für Mittel- und Osteuropa, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 4/2003, S. 92-97.

²² Vgl. NEMÉNYI, J.; VÁRHEGYI, É.: A valutarendszer problémái a magyar gazdaságban az euró bevezetéséig (Die Probleme des Währungssystems in der ungarischen Wirtschaft bis zur Einführung des Euro). Studie für das ungarische Finanzministerium. Pénzügykutató Rt. Budapest, März 2003.

Abbildung 2:
Wechselkursentwicklung des Forint gegenüber dem Euro, 2000-2003



Quelle: Ungarische Nationalbank.

Signal an die Anleger senden, dass die Nationalbank bei einem spekulativen Angriff des Bandes eine Abwertung des Forint über den oberen Rand hinaus nicht hätte verhindern können.

Es könnte aber auch eine übermäßige Aufwertung des Forint nicht verhindert werden. Die anstehende EU-Mitgliedschaft wird die Attraktivität des Landes für Kapitalanleger wieder erhöhen. Der Beitritt könnte das in 2003 stark beschädigte Vertrauen internationaler Anleger in der ungarischen Währung wieder herstellen. Die im Dezember 2002 und Januar 2003 getroffenen Maßnahmen zur Abwehr von großen Finanzkapitalzuflüssen, die makroökonomische Entwicklung und die verwirrenden Signale, die von den geld- und währungspolitischen Entscheidungsträgern seither gesendet wurden, bewegten die Anleger in den letzten Monaten eher zu einem vorsichtigen Verhalten. Aufwertungseffekte werden auch von den Finanzzuflüssen aus diversen EU-Fonds ausgelöst, obwohl die tatsächlichen Zuflüsse möglicherweise geringer als die erwarteten ausfallen werden.

Das Ergebnis der obigen Argumentation ist, dass die jüngsten Entwicklungen in der ungarischen Volkswirtschaft eine prompte Reaktion seitens der Wirtschaftspolitik erfordern. Dies sollte

sich jedoch nicht in der Veränderung des Wechselkurssystems niederschlagen. Allem voran ist es unerlässlich, dass das Staatsbudget ausgeglichen wird, oder zumindest übermäßige Defizite vermieden werden. Als Richtgröße kann hierbei die für den Euroraum geltende Begrenzung auf maximal 3% des BIP herangezogen werden. Die Nationalbank würde dadurch mehr Spielraum für Zinssenkungen gewinnen, um unerwünschte kurzfristige Kapitalzuflüsse zu reduzieren.

Es ist aus ungarischer Sicht auch zu empfehlen, dass Ungarn möglichst schnell nach dem EU-Beitritt dem Wechselkursmechanismus beitrifft. Der Vorteil bestünde darin, die Unterstützung der EZB zu gewinnen. Aber auch bei einer Teilnahme im WKM stellt sich die Frage, ob die gegenwärtige Position des Wechselkursbandes richtig gewählt wurde oder unter Umständen doch korrigiert werden müsste. Aus heutiger Sicht sollte eine eventuelle weitere Anpassung der Zentralparität erst erfolgen, wenn Ungarn der EU beigetreten ist und die Auswirkungen der Mitgliedschaft sichtbar werden. Eine Korrektur wäre durchaus auch später in dem WKM in Abstimmung mit der EZB möglich.

Ibolya.Mile@iwh-halle.de

Konjunktur aktuell: Deutsche Wirtschaft löst sich mühsam aus der Stagnation*

Weltwirtschaft im Aufschwung

Die Weltwirtschaft expandiert gegenwärtig kräftig, und der Welthandel verzeichnet hohe Zuwachsraten. Der Aufwärtstrend an den wichtigsten Aktienmärkten scheint auch Anfang 2004 anzuhalten. Das weiterhin recht niedrige Niveau der Kapitalmarktzinsen signalisiert, dass die Finanzmärkte Inflationsrisiken in nächster Zeit für gering halten, nicht zuletzt, weil die weltweite Stagnationsphase in erheblichem Umfang freie Kapazitäten hinterlassen hat. Die Ursachen für den konjunkturellen Aufschwung sind verschiedenartig: Das politische Umfeld hat sich stabilisiert, die Zentralbanken in den USA, im Euroraum und in Japan sind auf unverändert expansivem Kurs, und Finanzkrisen größeren Ausmaßes hat es in letzter Zeit nicht gegeben. Günstige Finanzierungsbedingungen konnten so weltweit zu einer Belebung der Investitionstätigkeit führen. Die Weltkonjunktur wird gegenwärtig auch von den dynamischen Wachstumsprozessen Chinas und – in geringerem Ausmaß – anderer asiatischer und mittelosteuropäischer Länder geprägt. Die steigende Nachfrage aus den Schwellenländern erklärt zum großen Teil das Anziehen von Preisen für Rohöl und Industrierohstoffe seit Mitte letzten Jahres.

Vom hohen Exportzuwachs nach China wird auch der überraschend kräftige Aufschwung in Japan getrieben. Der ebenfalls kräftige Aufschwung in den USA geht vor allem von der Binnennachfrage aus. Dort bereitet allerdings noch die schwache Zunahme der Beschäftigung Sorgen. Dabei spielt neben dem hohen Produktivitätswachstum der amerikanischen Wirtschaft die zunehmende Diskussion um Abwanderung von Arbeitsplätzen, in letzter Zeit auch aus Dienstleistungsbranchen, in die asiatischen Schwellenländer eine Rolle. Die Arbeitsmärkte in den USA dürften aber flexibel genug sein, um auch die Anpassung an die gegenwärtige Runde im Prozess zunehmender internationaler Arbeitsteilung rasch zu bewältigen.

Im Euroraum ist die Belebung noch schwach. Belastende Faktoren ergeben sich hier aus den Haushaltsproblemen der großen Mitgliedsstaaten und den trüben Beschäftigungsaussichten. Dazu kommt

das Risiko einer erneuten kräftigen Abwertung des Dollar gegenüber dem Euro. Ein solches Szenario ist aber weniger wahrscheinlich als vielfach befürchtet. Denn beim gegenwärtigen Wechselkurs kann das Hauptargument der Dollarpessimisten weniger denn je überzeugen: Die Ursachen des hohen US-Leistungsbilanzdefizits liegen nicht in einem zu starken Dollar, und deswegen ist eine weitere Abwertung auch nicht als natürlicher Mechanismus zum Abbau des US-Leistungsbilanzdefizits zu sehen. Die vorliegende Prognose geht stattdessen von einem Wechselkurs aus, der um 1,25 Dollar je Euro schwankt.

Deutschland: konjunkturelle Erholung in Trippelschritten

Die deutsche Wirtschaft ist verhalten in das Jahr 2004 gestartet. Zwar ist nach dem Steuerkompromiss vom Dezember 2003 die Ungewissheit über die zukünftigen Rahmenbedingungen zurückgegangen, Konsumenten und Investoren finden jedoch erst allmählich ihren Platz im geänderten Umfeld von steuerlichen Erleichterungen und finanziellen Belastungen. Insbesondere die privaten Haushalte haben nach der Kaufkraftschwäche in der Stagnationsphase ihre Kauflust noch nicht wiedergefunden. Die Senkung der Einkommensteuersätze zu Jahresbeginn hat die Nettoverdienste aufgebessert, die gestiegenen Ausgaben für die Gesundheit und vor allem die nach wie vor trüben Beschäftigungsperspektiven halten die Haushalte jedoch noch von größeren Ausgaben ab. Dies wird sich erst im weiteren Jahresverlauf ändern. Allerdings wird der Konsumzuwachs insbesondere wegen der sinkenden verfügbaren Einkommen der Rentner moderat bleiben. Impulse erhält der Konsum vom erstarkten Euro über die gedrückten Importpreise.

Auch die Investoren haben ihre Zurückhaltung noch nicht aufgegeben. Zwar sind die Ausgaben für die Anschaffung von Ausrüstungsgütern im Schlussquartal des vergangenen Jahres gestiegen, ein klassisches Aufschwungszenario dürfte damit aber vorerst nicht angezeigt sein. Dafür fehlt bislang der Vorlauf eines kräftigen Exportanstiegs. Nach zwölf Quartalen rückläufiger Investitionsentwicklung hat wohl eher Ersatzbedarf zum Plus geführt. Die Investitionskonjunktur wird erst spät mit der Festigung der Exportaussichten in Schwung kommen.

* Dieser Beitrag wurde bereits als Pressemitteilung 9/2004 vom 8. März 2004 veröffentlicht.

Allerdings werden die Ausgaben für bauliche Anlagen nicht mithalten. Während die Nachfrage nach gewerblichen Bauten in diesem Jahr abwärts gerichtet bleibt, werden die Vorzieheffekte im Wohnungsbau infolge der gekürzten Eigenheimzulage allmählich auslaufen.

Tabelle:

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2004 und 2005

	2003	2004	2005
	<i>reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Private Konsumausgaben	-0,1	0,8	1,6
Staatskonsum	0,9	-0,1	-0,5
Anlageinvestitionen	-2,9	1,2	1,6
Ausrüstungen und Sonstige Anlagen	-2,3	2,6	4,6
Bauten	-3,4	0,1	-1,0
Inländische Verwendung	0,3	1,2	1,3
Exporte	1,2	5,7	6,7
Importe	2,6	5,5	6,1
Bruttoinlandsprodukt	-0,1	1,5	1,8
Nachrichtlich: USA	3,1	4,3	3,0
Euroraum	0,4	1,6	2,0
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Tariflöhne je Stunde	2,1	2,0	2,3
Effektivlöhne je Stunde	1,4	1,7	2,1
Lohnstückkosten ^a	0,9	0,0	0,6
Verbraucherpreisindex	1,1	1,3	1,5
	<i>in 1 000 Personen</i>		
Erwerbstätige (Inland) ^b	38 246	38 150	38 280
Arbeitslose ^c	4 376	4 325	4 255 ^e
	<i>in %</i>		
Arbeitslosenquote ^d	10,3	10,2	10,0
	<i>in % zum nominalen BIP</i>		
Finanzierungssaldo des Staates	-3,9	-3,9	-3,4

^a Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – ^b Einschließlich der geförderten Personen in Arbeitsbeschaffungs- und Struktur Anpassungsmaßnahmen. – ^c Nationale Definition. – ^d Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland) – ^e Ohne Konsequenzen aus der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH (Stand: 4. März 2004).

Alle Hoffnungen auf die konjunkturelle Erholung in Deutschland liegen weiterhin beim Export. Auch wenn die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Anbieter wegen der Wechselkursentwicklung im letzten Halbjahr etwas gelitten hat, so wird der kräftige Aufschwung in der Weltwirtschaft die Ausfuhr in diesem und im nächsten Jahr anregen. Die Hauptabsatzmärkte der deutschen Anbieter im

Ausland befinden sich im Euroraum und sind damit nur indirekt von der Dollarschwäche betroffen; auch verschlechtert sich die Lohnstückkostenposition der deutschen Anbieter nicht.

Alles in allem läuft die Erholung sehr zäh an. Vom Aufschwungsszenario ist die deutsche Wirtschaft noch weit entfernt. Das niedrige Startniveau zu Jahresbeginn und die leicht gezügelten Absatzperspektiven infolge der Eurostärke veranlassen das IWH, den Zahlenkranz seiner Konjunkturprognose vom Dezember geringfügig zu korrigieren. Das Bruttoinlandsprodukt erhöht sich danach in diesem Jahr einschließlich des Arbeitstageeffekts um 1,5%. In der zweiten Jahreshälfte wird sich die konjunkturelle Grundtendenz verstärken und 2005 in einen moderaten Aufschwung einmünden. Bis dahin bleibt die Produktionslücke weit geöffnet, sodass von der Nachfrageseite kein Preisdruck ausgeht.

Die konjunkturelle Erholung schafft in diesem Jahr noch keine Entlastung am Arbeitsmarkt. Im Jahresdurchschnitt geht die Beschäftigtenzahl sogar zurück. Auch die bisherigen Lohnabschlüsse erhöhen die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen nicht. Die Neuregelungen im Niedriglohnsektor haben allerdings den statistischen Nachweis von Beschäftigungsverhältnissen erhöht. Zugleich weist die Arbeitslosenstatistik nach der Forcierung der Melde- und Mitwirkungspflicht jetzt weniger Arbeitslose aus. Außerdem wird im Jahr 2004 die Arbeitslosenstatistik um die Teilnehmer an Trainingsmaßnahmen weiter „entlastet“, sodass die registrierte Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt sinkt.

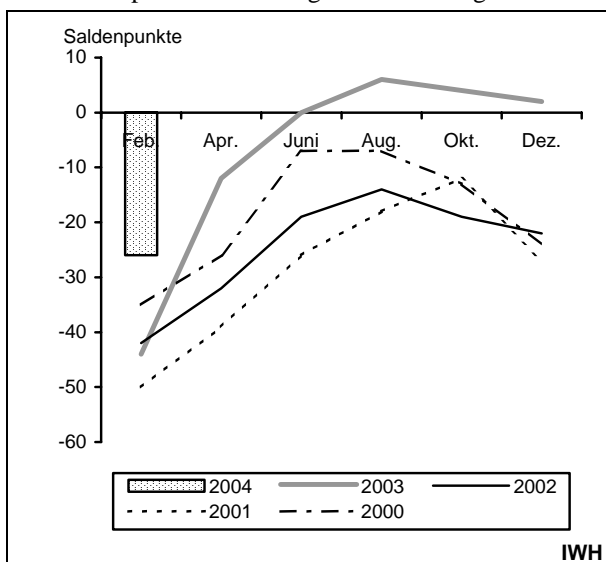
Die Lage in den öffentlichen Haushalten bleibt prekär. Die Einnahmen steigen nur verhalten. Dazu tragen vor allem die Senkung der Einkommensteuersätze und die schwache Entwicklung der Beiträge zu den Sozialversicherungen bei. Hinzu kommt, dass der Bundesbankgewinn aufgrund der Wechselkursentwicklung weit hinter seinem Haushaltsansatz zurückbleiben dürfte. Die Ausgaben des Staates erhöhen sich wegen der nunmehr größeren Beteiligung der Privaten an der Finanzierung des Gesundheitssystems, der Einsparungen bei der Rente und anderer Maßnahmen nur geringfügig. Dennoch wird der eingeschlagene Konsolidierungskurs nicht reichen, die Defizitquote in diesem Jahr zu senken.

Arbeitskreis Konjunktur
(Udo.Ludwig@iwh-halle.de)

Ostdeutsches Baugewerbe im Februar 2004: Geschäftslage wieder mehrheitlich negativ

Die *Geschäftslage* im ostdeutschen Baugewerbe hat sich laut IWH-Umfrage unter mehr als 300 Unternehmen im Februar gegenüber dem Jahresende 2003 verschlechtert, und es überwiegen wieder die negativen Urteile. Diese Entwicklung dürfte vor allem die saisonbedingt üblichen Schwankungen zum Ausdruck bringen. Mit knapp zwei Drittel schlechter und eher schlechter Urteile fällt die Unzufriedenheit mit der Geschäftslage aber immer noch geringer aus als in den entsprechenden Zeiträumen der letzten vier Jahre. Allerdings kippt die Geschäftslage unter Ausschaltung der Saisonfaktoren zuletzt leicht ab. Dies dürfte auch ein Anzeichen

Abbildung 1:
Entwicklung der Geschäftslage im ostdeutschen Baugewerbe
- Saldo der positiven und negativen Wertungen -

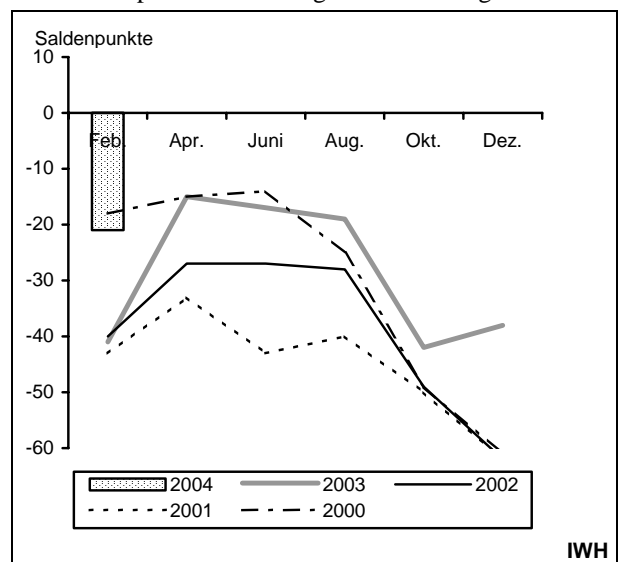


Quelle: IWH-Baumfragen.

dafür sein, dass der vor allem durch flutbedingte Aufbauarbeiten ausgelöste Höhenflug nun dem Ende zugeht. So fällt der Stimmungsabfall gegenüber Jahresende mit 50 Prozentpunkten besonders gravierend im Tiefbau aus. Dem Hoch- und Ausbau kommen dagegen noch vorgezogene Bauaktivitäten im Zusammenhang mit der Kürzung der Eigenheimzulage zugute. In diesen Bereichen fällt die Abschwächung des Lageindikators gegenüber Dezember 2003 deutlich geringer aus als im Tiefbau. Zugleich wird eine stärkere Verbesserung gegenüber Jahresfrist deutlich.

Ihre *Geschäftsaussichten* für die nächsten Monate bewerten die Unternehmen aller Sparten mit Blick auf den Sommer wieder optimistischer als zuvor. Der Saldo aus den positiven und negativen Wertungen steigt im Vergleich zur Dezember-Umfrage 2003 um 17 Saldenpunkte an. Der Vorjahreswert wird um 20 Punkte überschritten. Am deutlichsten zeigt sich die Stimmungsverbesserung gegenüber dem Vorjahr im Ausbau. Hier werden die Aussichten wohl vor allem wegen noch abzuarbeitender Aufträge im Eigenheimbau weniger ungünstig bewertet als noch vor einem Jahr. Auch die zinsvergünstigten KfW-Kredite zur Modernisie-

Abbildung 2:
Entwicklung der Geschäftsaussichten im ostdeutschen Baugewerbe
- Saldo der positiven und negativen Wertungen -



Quelle: IWH-Baumfragen.

rung im Wohnungsbestand werden das Meinungsbild im Ausbaugewerbe – wenn auch wegen Mitnahmeeffekten nur geringfügig – beeinflusst haben. Im Tiefbaubereich bleiben die Erwartungen zwar überwiegend ungünstig, der niedrige Vorjahreswert wird aber auch hier nicht erreicht. Verantwortlich dafür zeichnen einzelne Großprojekte im Wirtschaftsbau. Abzuwarten bleibt allerdings, ob bzw. wie sich im laufenden Jahr die fehlenden Mauteinnahmen insbesondere in den Bauaktivitäten der Bahn niederschlagen werden.

Brigitte.Loose@iwh-halle.de

Tabelle :

Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfrage im ostdeutschen Baugewerbe – Februar 2004

- Vergleich zum Vorjahreszeitraum und zur Vorperiode -

Gruppen/Wertungen	gut (+)			eher gut (+)			eher schlecht (-)			schlecht (-)			Saldo		
	Feb. 03	Dez. 03	Feb. 04	Feb. 03	Dez. 03	Feb. 04	Feb. 03	Dez. 03	Feb. 04	Feb. 03	Dez. 03	Feb. 04	Feb. 03	Dez. 03	Feb. 04
	- in % der Unternehmen der jeweiligen Gruppe ^a -														
Geschäftslage															
Baugewerbe insgesamt	6	22	11	22	29	27	46	35	43	26	14	20	-44	2	-26
Zweige/Sparten															
Bauhauptgewerbe	5	22	11	23	31	26	47	32	43	26	16	20	-45	5	-26
darunter ^b															
Hochbau	4	19	9	22	23	24	45	37	44	30	20	23	-49	-15	-34
Tiefbau	8	25	13	26	38	26	47	26	43	19	10	18	-32	27	-23
Ausbaugewerbe	7	21	11	23	27	27	44	41	42	27	10	20	-41	-3	-25
Größengruppen															
1 bis 19 Beschäftigte	9	24	11	15	28	21	40	29	39	36	19	29	-52	3	-36
20 bis 249 Beschäftigte	5	21	10	24	30	30	49	37	44	22	11	15	-43	3	-19
250 und mehr Beschäftigte	0	25	25	60	25	0	40	50	75	0	0	0	20	0	-50
Statusgruppen															
Bauindustrie															
Privatisierte Unternehmen	0	22	8	24	28	30	54	35	45	23	15	17	-53	0	-24
Neugründungen	7	14	14	34	42	31	34	30	29	26	14	26	-19	12	-11
Bauhandwerk	6	23	11	21	26	23	43	39	47	29	13	19	-45	-3	-31
Geschäftsaussichten															
Baugewerbe insgesamt	5	9	7	25	2	33	52	42	46	19	27	14	-41	-38	-21
Zweige/Sparten															
Bauhauptgewerbe	5	9	7	25	22	33	53	43	48	17	27	12	-40	-40	-21
darunter ^b															
Hochbau	3	9	8	25	18	29	52	44	49	21	29	14	-45	-45	-27
Tiefbau	5	9	6	28	21	35	56	43	48	11	27	11	-34	-41	-19
Ausbaugewerbe	4	11	7	25	22	33	50	40	41	22	26	19	-44	-33	-20
Größengruppen															
1 bis 19 Beschäftigte	7	11	9	23	21	33	48	39	39	23	29	19	-40	-36	-17
20 bis 249 Beschäftigte	3	9	6	25	23	33	54	43	48	18	26	12	-44	-37	-21
250 und mehr Beschäftigte	0	0	0	60	25	25	40	50	75	0	25	0	20	-50	-50
Statusgruppen															
Bauindustrie															
Privatisierte Unternehmen	2	8	2	25	20	32	55	36	57	18	36	9	-46	-44	-32
Neugründungen	1	5	6	34	36	34	45	35	35	20	24	25	-30	-18	-20
Bauhandwerk	4	10	8	23	18	32	52	48	47	21	25	14	-45	-44	-20

^a Summe der Wertungen je Umfrage gleich 100 - Ergebnisse gerundet. – ^b Hoch- und Tiefbau werden als Darunterposition ausgewiesen, da ein Teil der an der Umfrage beteiligten Unternehmen keiner dieser Sparten eindeutig zugeordnet werden kann.

Quelle: IWH-Baumfragen.